

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110.

Sonnabend, den 11. Mai 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Auf zum Frauentag!

Allerorts, wo wir politische Organisationen haben, rufen die Genossinnen und die Genossen eifrigst zu unserem Frauentag. Dieser gemeinsamen Arbeit freuen wir uns umso mehr, da sie Zeugnis ablegt von der Klassen-solidarität und dem starken Rechtsempfinden, das in allen Mitgliedern unserer Partei lebendig ist.

So wie unsere Genossinnen eifrigst an der Arbeit waren bei der letzten Reichstagswahl, um den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten sichern zu helfen, so stehen die Genossen jetzt an unserer Seite im Ringen um unsere Staatsbürgerrechte, um das Frauenwahlrecht. Das Klasseninteresse des Proletariats erfordert es, daß überall und stets so verfahren wird. Die Eroberung des Frauenwahlrechts bedeutet eben nicht nur die politische Mündigkeitserklärung der Frau, die Anerkennung eines Rechtsanspruches, den sie seit langem erhebt, sie bedeutet vielmehr gleichzeitig die Ausrüstung der Frau mit scharfen Waffen für ihren Klassenkampf.

Wie viel wirksamer wird die proletarische Frau neben dem Mann ihrer Klasse am politischen Kampf teilnehmen können, um ihre und die Interessen ihrer Klasse wahrzunehmen, wenn sie das Wahlrecht besitzt.

Und wenn wir nur die politischen Kämpfe der letzten Jahre durchgehen, wird klarlich erwiesen, wie notwendig es ist, die Kräfte und den Einfluß der Proletarierinnen in erhöhtem Maße politisch nutzbar zu machen.

Da sehen wir: Unsummen verschlingt der Militarismus. Mit ihren sauer erworbenen Groschen müssen vor allem die Proletarier ihn speisen, und sich Entbehrungen über Entbehrungen auferlegen, während zahlreichen Gruppen der Besitzenden die Taschen gefüllt und ihren Angehörigen gut dotierte Versorgungsstellen geschaffen werden durch die Politik der Rüstungen.

Unsummen in stets steigendem Maße werden dem Militarismus geopfert, während für Sozialpolitik: für den Ausbau der Versicherungsgesetzgebung, für Erweiterung des Mutter- und Säuglingschutzes, für eine wirkliche Witwen- und Waisenversicherung, für Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrentner u. a. m. kein Geld vorhanden ist.

Für die öffentliche Gesundheitspflege, für das Bildungs- und Erziehungswesen, für eine durchgreifende Wohnungsreform und -pflege mangelt es an Mitteln, für das Wehrwesen ist Überfluß an Mitteln, so will es das Interesse der Besitzenden. Ihrem Interesse dient es, wenn mit dem wahnwitzigen Weiterrißten die organisierten Machtmittel des Staates wachsen, die in der Hand der Herrschenden ein überaus wirksames Beherrschungs- und Unterdrückungsinstrument gegenüber dem emporkommenden Proletariat bilden. In Mansfeld, im Ruhrgebiet und anderswo ist bekanntlich in der skrupellosten Weise von diesem Machtmittel Gebrauch gemacht gegenüber den meuternden Erbsknechten. Wo es der Vermehrung der staatlichen Machtmittel gilt, stehen alle Besitzenden als Befürworter zusammen, wo es der Vermehrung der Volksrechte, dem Ausbau der Demokratie gilt, stehen alle Besitzenden als Gegner festgeschlossen beieinander.

Diesen Tatsachen gegenüber, denen hundert ähnliche beigegeben werden könnten, erhebt das Interesse der Arbeiterklasse es um so dringender, daß alle ihre Kräfte gleich gerüstet in den Kampf zu ziehen vermögen, um in geschlossener Phalanx den vereinigten Gegnern gegenüberzutreten zu können, erfordert es, daß Mann und Frau mit dem demokratischen Wahlrecht als schärfster politischer Waffe ausgerüstet werden.

Aus dem Gesagten ergibt sich also, daß es höchste Pflicht der Gesamtarbeiterklasse ist, mit aller Wucht und mit steigendem Eifer den Kampf um die Eroberung des Frauenwahlrechts zu führen. Ihr ureigenstes Interesse auferlegt ihr diese Pflicht!

Im Interesse der Gesamtpartei, nicht nur ihres weiblichen Teiles, liegt es deshalb, daß der zweite deutsche Frauentag zu einer glänzenden Kundgebung für das Frauenwahlrecht werde!

Durch die erfreuliche Tatsache, daß die Genossinnen Österreichs, Belgiens und Norwegens am gleichen Tage eine Kundgebung für das volle Bürgerrecht des Weibes veranstalten, wird unser Frauentag zu einer internationalen Kundgebung!

Auf denn Genossinnen! Seht eure ganze Persönlichkeit ein, damit unser Frauentag ein Ehrentag der sozialdemokratischen Internationale werde!

Der Militarismus im Reichstag.

Die gestrige Sitzung war fast ausschließlich militärischen Fragen gewidmet. Zuerst wurde die Wehrvorlage in raschem Aufwaschen erledigt und dann in einer neu anberaumten Sitzung das Gehalt des Kriegsministers in der Generaldebatte des Militäretats besprochen. Bei der Wehrvorlage hatten es die bürgerlichen Parteien besonders eilig. Die Verständigung darüber, daß die Abstimmung en bloc erfolgen sollte, fand allerdings bei unserer Fraktion Widerspruch, nachdem die bewilligungsfreudige Mehrheit schon nach dem ersten Turnus der Redner, gegen alle Gewohnheit, die Debatte schloß. Nicht nur unsere Fraktion protestierte gegen dieses Vorgehen, auch der Zentrumsabgeordnete General Häußler erhob Widerspruch. Aber das Zentrum achtete mit Absicht wenig auf diesen Außenseiter, wie ja auch Herr Erzberger es in seiner Rede ganz ungewöhnlich kurz gemacht hat. Die Vorlage wurde selbstverständlich angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und der Elsaß-Lothringer.

Genosse Gradnauer hatte als erster Redner noch einmal unsere ablehnende Stellung in präzisen Worten begründet. Er erinnerte an unseren Widerstand gegen das atomlose Wehrrißten und auch gegen das ganze heutige Heeresystem. Unsere Opposition wird noch gestärkt dadurch, daß die sachlich unbegründete Vorlage auf ganz ungesunden finanziellen Unterlagen aufgebaut wird, und daß die Heeresverwaltung sich hartnäckig allen Reformen auch innerhalb der gegenwärtigen Organisation widersetzt. Die Nationalliberalen ließen durch Herrn Bassermann erklären, daß sie hoch erfreut sind, die Konservativen sind noch immer nicht zufriedengestellt, und die Fortschrittler sprachen durch den Württemberger Liesching die uralte und oft genug enttäuschte Hoffnung aus, daß den militäristischen Ansprüchen auf längere Zeit hinaus Genüge getan sei. Von allen Reformen, die wir vorgeschlagen hatten, fand nur die Verkürzung der Dienstzeit in einer sehr bescheidenen und harmlos gehaltenen Resolution der Fortschrittler Berücksichtigung.

Die Besprechung des Gehalts des Kriegsministers in der zweiten Sitzung gab uns Veranlassung, noch im einzelnen die Kritik auszudrücken, die an der heutigen Heeresorganisation geübt werden muß. Genosse Stücklen konnte ein reiches Material vorbringen, und die Fälle, die er vortrug, hätten auch auf die Verwaltungen und die bürgerlichen Parteien ihren Eindruck sicherlich nicht verfehlt, wenn sie in militäristischen Fragen ruhiger Erwägung zugänglich wären. Die Gesinnungsschnüffelei bei Offizieren und Mannschaften, die übermäßige und rücksichtslose Schneidigkeit bekämpfte er unter Aufzählung charakteristischer Beispiele. Auch die unerhörten Mißbräuche, die bei der Besetzung der Stellen durch die Vorrechte des Adels immer noch festzustellen sind, besprach er, ebenso den Mißbrauch, der im Adjutanten- und Burschen-Wesen liegt. Die Reform des Militärstrafgesetzbuches und die rücksichtslose Bestrafung der Soldatenmißhandlungen sind Forderungen, die wir bis zu ihrer Erfüllung stellen müssen.

Auch der Fortschrittler Gothein und der Pole Brandys brachten eine Anzahl von Mißständen zur Sprache, von denen aber der schneidige Herr Kriegsminister natürlich nichts wissen will. Am Schluß der Sitzung kam noch unser Genosse Schulz zu Wort, der sich vor allem in einer gut dokumentierten Rede über die Jugenderziehung zur Wehrhaftigkeit aussprach. Die Vorredner hatten es ihm leicht gemacht, sie mit einer wirkungsvollen Polemik zu widerlegen.

Zu Beginn der Sitzung hatte Genosse Sacke vor der Gültigkeitserklärung des Mandats des Nationalliberalen Heckmann die überaus eigenartige Wahlagitation kritisiert, mit der es gelungen war, unseren Genossen Hue zur Strecke zu bringen.

Heute wird die Beratung des Militäretats fortgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Brantweinsteuerkommission des Reichstages führte Donnerstag die erste Lesung des Gesetzesentwurfs zu Ende, ohne daß erhebliche Änderungen vorgenommen wurden. Die Mehrheit ist entschlossen, den agrarischen Charakter der Steuergesetzgebung zu wahren. Und so wurde auch heute wieder jedem Antrag, der irgendwie daran etwas bessern wollte, das bereits gewohnte Schicksal bereitet: abgelehnt gegen zwölf Stimmen, lautet die stereotype Feststellung.

Die §§ 14 und 15 (aus den besonderen Vorschriften) wurden debattelos angenommen. Durch einen § 15a wollte Abg. Speck-Zentrum die Bestimmung des geltenden Gesetzes (§ 109) aufheben, der zufolge vollständig vergällter Brantwein im Kleinhandel nur in verschlossenen und mit Angabe des Alkoholgehaltes versehenen Behältnissen von 50, 20, 10, 5 und 1 Liter feilgehalten werden darf. Für diesen Antrag trat insbesondere Genosse Dr. Südekum ein, während ein Regierungsvertreter sich damit begnügte, sehr zweifelhaft Erleichterungen anzukündigen, worauf Abg. Speck seinen Antrag zurückzog. Der Antrag wurde vom Genossen Wurm wieder angenommen, der außerdem in einem Eventualantrag bestimmte Erleichterungen für den Handel forderte. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

Der § 16 des Entwurfs sieht einen Deklarationszwang für Trinkbrantwein und Liköre mit einem Gehalt von weniger als 25 Gewichtprozenten vor. Fortschrittler und Sozialdemokraten beantragten Streichung der ganzen Bestimmung, der konservative Abgeordnete Dietrich wollte hingegen den Deklarationszwang all-gemein vorsehen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Der § 16 fiel dann mit 22 Stimmen, wobei die Konservativen Wert auf die Feststellung legten, daß sie sich der Stimme enthielten!

Ein Antrag Paasche, für Bier- und Brantwein-hese einen Deklarationszwang in einem § 16a vorzusehen, wurde mit allen gegen zwei konservative Stimmen angenommen. — Die nächsten §§ 17–21 (Strafbestimmungen) wurden debattelos erledigt. Der § 22 wurde in der Fassung eines Antrages Dr. Zehner (Ztr.) angenommen, der die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für das Strafverfahren ausdrücklich ausspricht. — Einstimmig angenommen wurde ebenfalls ein Antrag Herold, der für die Hefefabrikation die Anmeldepflicht fordert.

Und nun kommen die zahlreichen Abänderungsanträge zum Brantweinsteuergesetz, die von den Fortschrittler und den Sozialdemokraten eingebracht waren und alle das schon erwähnte Los teilten. Genosse Wurm gab sich die Mühe, noch einmal die Richtung und den Zweck dieser Anträge in aller Klarheit darzulegen, leider vergebens. Aber die Mehrheit (die Herren Dr. Paasche und Sieg einbegriffen) blieb unerhütterlich. Angenommen wurde nur ein Kommissionsantrag, der verbietet, daß bei kleineren landwirtschaftlichen und Korn-Brennereien der Durchschnittsbrand um mehr als 10 Proz. gekürzt wird.

Schließlich wurde der seinerzeit zurückgestellte Absatz 2 des § 2 in der Fassung eines Antrages Speck angenommen, der die Spannung selbst unter den Schutz des Reservatrechts stellt. — Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde die nächste Sitzung auf Sonnabend früh angesetzt.

Flugspende und Budgetrecht des Reichstags.

In der Donnerstagsitzung der Budgetkommission wurde bei Beratung der Forderung von 7,7 Millionen Mark für das Flugwesen vom Genossen Ledebour Anknüpfung über die Verwendung der Flugspenden verlangt — nachdem diese Frage bereits am Dienstag gelegentlich gestreift worden war —; ferner, wie die Verwaltung die ihr überwiesenen Mittel eventuell etatsrechtlich zu behandeln gedenke. General Wandel erklärte, an die Militärverwaltung sei die Spende noch nicht gelangt. Der Kriegsminister teilte mit, daß dem Kaiser aus Sammlungen größere Summen übermittelt worden sind. Er hoffe auch, daß von diesen Spenden für das Heer recht viel abfallen möge. Er werde nichts zurückweisen, sondern dankbar alles annehmen. Sobald ihm und der Verwaltung die durch Sammlungen aufgebrachten Summen zugehen, werde er sich mit dem Schatzamt und dem Reichstag in Verbindung setzen, damit eine etatsrechtliche Verwendung herbeigeführt werde.

Erhöhung der Mannschafslöhne.

Das Zentrum hat in der Budgetkommission die angekündigten Anträge auf Erhöhung der Mannschafslöhne eingebracht. Die Pöhlung soll ab 1. Oktober 1912 erhöht werden: für Gemeine von 79,20 Mk. auf 108

Mark bei den Fußtruppen, von 97,20 Mark auf 126 Mk. bei den berittenen Truppen; Befreite bei den sämtlichen Truppen statt 97,20 Mark künftig 126 Mark. In der gleichen Weise wird die Löhnung erhöht bei den Kapitulanten und den Übergesessenen, den Ökonomiehandwerkern, Spielzeugen und den Sanitätsgefreiten. Die bei einzelnen Truppenteilen bisher bezahlten Zuschüsse sollen in Wegfall kommen. Dagegen soll der Löhnungszuschuß von 36 Mk. pro Jahr für die 120 besten Schützen bei den Jägerbataillonen bleiben. Die Löhnung der Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes soll auf durchschnittlich 84 Pfg. pro Tag, die der Mannschaften des Beurlaubtenstandes auf 30 Pfg. bei den unberittenen und auf 35 Pfg. bei den berittenen Truppen erhöht werden.

Gleichzeitig wird beantragt, die Übungsgelder der unteren Offizierschargen des Beurlaubtenstandes zu erhöhen und zwar bei Oberleutnants, Oberärzten, Assistenzärzten usw. von täglich 3 Mk. auf 4 Mk., der Leutnants von 2,50 Mark auf 4 Mark, der Unterärzte von 1,50 Mark auf 2 Mark. Ferner ist vorgesehene eine Erhöhung der Krankentlöhnung von 3 Pfg. auf 5 Pfg. Die ganze Maßnahme kostet — außer Bayern — pro Jahr 12 730 400 Mark; für die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 31. März 1913 also 6 365 200 Mark.

Freikonservative Lügenbentelei.

In der am Mittwoch im Reichstag vorgenommenen Abstimmung über die von den 13 Reichsparteiern verlangte Anerkennung als Fraktion schreibt die „Freikonservative Korrespondenz“:

„Dieses Resultat muß um so mehr überraschen, als selbst der „Vorwärts“ am Mittwoch den Anspruch der Reichspartei auf Zulassung zu den Kommissionen als berechtigt anerkannte; das hinderte aber die Sozialdemokraten nicht, geschlossen dagegen zu stimmen und mit Hilfe der Freisinnigen und Nationalliberalen sowie eines Teiles des Zentrums den Antrag zu Fall zu bringen. Auf diese Weise haben sich die Parteien der Linken zwar einen kleinen Vorteil bei der Zusammenfassung der Kommissionen gesichert, aber das Recht der Minderheiten angetastet, was ihnen in Zukunft vielleicht einmal üble Früchte tragen kann.“

Durch diese Darstellung wird die Wahrheit direkt auf den Kopf gestellt. Es ist nicht darüber abgestimmt worden, ob die Mitglieder der Reichspartei von den Kommissionen ausgeschlossen werden sollen oder nicht, sondern nur darüber, ob den 13 Scharfmachern eine Extrawort geboten werden soll. Der sozialdemokratische Fraktionsredner, Genosse Haase, hat zudem noch ausdrücklich festgestellt, daß die Berücksichtigung der kleinen Gruppen bei der Zusammenfassung der Kommissionen demnachst durch die Geschäftsordnungskommission geregelt wird. Übrigens trat sich die „Freikonservative Korrespondenz“ sofort selbst Lügen, als sie der obigen Notiz den Satz beifügt:

„In bemerken ist, daß die Frage der Zulassung zu den Kommissionen und ihren Voraussetzungen in der Geschäftsordnungskommission erst noch endgültig entschieden werden soll.“

Übrigens sind die Reichsparteier und die anderen kleinen Gruppen im Plenum nicht eingeschränkt worden. Sie haben in der Regel genau so viel Redner vorgeschickt, als wie die 110 Mann starke sozialdemokratische Fraktion. Daß Politiker vom Schlage der Arent und Liebert ihre geschäftliche Tätigkeit in den Kommissionen nicht mehr in dem früheren Umfang entfalten können, mag für die Herren schmerzhaft sein, aber schließlich kann ihnen doch keine Vorzugsstellung eingeräumt werden.

Presstimmen zum Polizeisandal im Abgeordnetenhanje.

Die Blätter vom Donnerstagabend nehmen mehr oder weniger temperamentvoll zu dem Hausknechtsakt im preußischen Junkerparlament Stellung.

Die „Bosnische Zeitung“ konstatiert, „von freisinniger und nationalliberaler Seite wird die Auffassung vertreten, daß der Präsident zu rasch vorgegangen ist. Von einem Führer der Nationalliberalen wurde dieser Ansicht gegenüber dem Präsidenten Ausdruck gegeben.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dem Fall: „Die Rechtsfrage — ob der Abgeordnete Borchardt aus dem Hause entfernt werden durfte — wird die öffentliche Meinung noch sehr beschäftigen. . . In seinem Vorgehen gegen den Abg. Borchardt hat sich der Präsident v. Erffa zweifellos einen schwereren Verstoß gegen die Geschäftsordnung zuschulden kommen lassen. Aus Absatz 3 des Hausknechtparagraphen geht klar hervor, daß während der Sitzung die gewalttätige Entfernung eines Abgeordneten nicht möglich und statthaft ist. . . Die Exekution hatte aber zur Folge, daß nicht nur der Abg. Borchardt gewalttätig aus einer während der Sitzung ausgeschloffen, sondern auch der Abg. Leinert durch Schutzleute an der ordnungsmäßigen Ausübung seines Mandates gehindert wurde. Das ist in jedem Falle ungesetzlich und nach dem Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bedroht.“

Die rechtsstehenden Organe, so die „Tägliche Rundschau“, die „Post“ u. a., beschimpfen die sozialdemokratischen Abgeordneten, insbesondere die Genossen Borchardt und Hoffmann in gemeinster Weise als Krakeeler, um so den skandalösen Gewaltakt, der gegen Borchardt verübt wurde, mit dem Schein des Rechts zu umgeben.

Die „Post“ schreibt nach weiterer Verschärfung der Geschäftsordnung. Sie schreibt:

„Über den Rahmen der heutigen Sitzung hinaus wird der Zwischenfall hoffentlich zwei gute Früchte tragen. Einmal wird er den auf den Umsturz bedachten Genossen jedenfalls eindringlich zu Gemüte geführt haben, daß die staatsverhaltenden Elemente heute die Macht noch in den Händen haben und daß sie auch gewillt sind, sie rücksichtslos zu gebrauchen. Das Abgeordnetenhaus aber wird aus den heutigen Vorfällen hoffentlich die Konsequenz ableiten, seinem Präsidenten eine Geschäftsordnung zu geben, welche parlamentarisches Roudictum für immer von den Sitzungen ausschließt.“

Der „Reichsbote“: „Preußen ist nicht gewillt, sich unter das Joch der Sozialdemokratie zu beugen. Es ist und bleibt bei allem Loben der Sozialdemokratie der Fels, an dem sich die Wogen der Revolution brechen. Darum ja gerade der Haß der Umstürzler gegen dies

preußische Parlament, das sie mit allen Mitteln herabzusetzen suchen. Sie wollen Preußen gewinnen: denn dann erst haben sie nach Babels bekanntem Wort gewonnen. Was wäre auch das Reich ohne Preußen? Dort aber erweitert man ohne Bedenken die Rechte des Parlaments. — Wie lange noch?“

Die „Deutsche Tageszeitung“: „Das nächste Wort hat nun das Plenum des Hauses zu sprechen. Die preußische Volksvertretung ist es dem Lande schuldig, dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen seiner Hausordnung derartig sind, daß solche Szenen sich nicht wiederholen.“

Es klingt wie Hohn, das preußische Abgeordnetenhaus eine „Volksvertretung“ zu nennen. Das preußische Volk wird allerdings das nächste Wort haben.

Vom preußischen Junkerparlament.

Vor dem preußischen Abgeordnetenhaus hatte sich am Freitag eine große Menschenmenge eingefunden, die in der Erwartung, daß es wieder zu interessanten Zwischenfällen kommen würde, Einlaß begehrte. Die wenigen Tribünenbesucher, denen es geglückt war, in das Haus zu gelangen, kamen jedoch nicht auf ihre Rechnung. Der Präsident, Freiherr von Erffa, eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß seitens des Justizministers ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Hauses durch den Artikel „Eine reaktionäre Affenkomödie“ eingegangen sei. Er schlug ohne Widerspruch, aber unter Gelächter der Sozialdemokraten vor, den Antrag der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. — Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein, auf der als einziger Gegenstand die Fortsetzung der ersten Lesung der Sekundärvorlage stand. Von dem Eingang des Protestes des Gen. Borchardt hat der Präsident die Mitglieder bereits Donnerstagabend schriftlich benachrichtigt; die Abstimmung über den Protest soll am Montag erfolgen.

Die Sitzung verlief ohne jeden Zwischenfall. In langatmiger Weise trugen die einzelnen Abgeordneten ihre Wünsche in bezug auf die Schaffung neuer Bahnen vor. Inhaltlich gliedern die Debatten denen früherer Jahre. Nur äußerlich gewährte das Haus einen anderen Anblick. Die Tribünen waren bis zum Schluß gedrängt voll, und auch das Haus wies eine ungewöhnlich gute Besetzung auf. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, die Sozialdemokraten planten am Schluß der Sitzung eine neue Aktion. Auf dieses Gerücht hin hatten die Konservativen alle ihre Mannen telegraphisch zusammengerufen. Man hätte die verblisten Gesichter sehen müssen, als es sich herausstellte, daß von der Sozialdemokratie keinerlei Geschäftsordnungsdebatte beabsichtigt war. Noch einige Minuten, nachdem der Präsident die Sitzung geschlossen hatte, saßen die Konservativen auf ihren Plätzen; sie konnten sich vor Erstaunen kaum erholen.

Gegen die Polizeigewalt im preußischen Abgeordnetenhanje.

Zwei von mehreren tausend Genossen besuchte, zum Zwecke des Protestes gegen die Militärvorlage einberufene Volksversammlung in Breslau erhoben am Donnerstagabend stürmischen Protest gegen die Gewaltakte der Polizei gegen die Genossen Borchardt und Leinert. Die Mitteilungen aus dem Abgeordnetenhanje wurden mit stürmischen Entrüstungskundgebungen aufgenommen und dem Willen Ausdruck gegeben, nicht eher zu ruhen, bis Herr v. Erffa und die Junker aus dem preußischen Landtage hinausfliegen — ohne Schutzleute, durch die Macht des preußischen Volkes.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, beim Reichskanzleretat den Gewaltakt im preußischen Abgeordnetenhanje im Reichstage zur Sprache zu bringen, da durch diese Maßnahme des Präsidenten und der Polizeiorane die zum Schutze der Abgeordnetenentätigkeit im Strafgesetzbuch niedergelegten Strafvorschriften arg verkehrt worden sind.

In einer in Erfurt am Donnerstagabend abgehaltenen, von über tausend Personen besuchten Volksversammlung sprach Reichstagsabgeordneter Gen. Mag Knig zunächst über die neuen Militär- und Marinevorlagen. Im Anschluß daran behandelte er den neuesten Streich der Junkerreaktion im preußischen Abgeordnetenhanje, die Anwendung der Polizeigewalt gegen den Abg. Gen. Borchardt. Es wurde eine scharfe Protestresolution gegen die unerhörte Anwendung des „Hausknechtparagraphen“ durch den Junker v. Erffa, die eine erneute Provokation des preußischen Volkes bedeute, angenommen.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften!

Die Arbeiterbewegung ist auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg bestritten, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber zwei Millionen deutscher Arbeiter haben sich in den Gewerkschaften vereinigt, um das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, um kürzere Arbeitszeit, auskömmliche Löhne, gesundheitlichen Schutz und anständige Behandlung herbeizuführen. Tausende von Tarifverträgen für mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter sind ein erster Beweis ihres erfolgreichen Wirkens.

Nicht minder sind die deutschen Konsumgenossenschaften, die heute bereits 1½ Millionen Familien umfassen, unangeseht bemüht, die Arbeiter als Konsumenten zu organisieren, um sie zur Selbstbeschaffung ihres Lebensbedarfs nach den Grundsätzen moderner Volkswirtschaft und in weiterer Entwicklung zur Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zu erziehen.

Wie die Gewerkschaften bestrebt sind, der Arbeiterschaft immerfort neue Kulturschätze zu erschließen und den Lebensinhalt des Arbeiters zu veredeln, so will auch die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Mitglieder daran gewöhnen, nur gute Qualitätserzeugnisse zu kaufen, nicht einzig das Billigste, sondern immer nur das Beste zu wählen und auch den Verhältnissen, unter denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Arbeiter als Käufer kann durch die Kaufkraft seines Geldes wirtschaftlichen Einfluß auf die Lage des Arbeiters als Produzent ausüben, wenn er alle Waren zurückweist, die nicht unter gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen hergestellt sind, und nur solche kauft, bei denen jedem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist. Und da jeder Arbeiter ebenso wohl Erzeuger als Käufer von Waren ist, so gebietet ihm sein eigenes Interesse, von diesem wirtschaftlichen Einfluß Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit dazu bietet die Konsumentenorganisation, für deren Erstarkung ein jeder nach besten Kräften wirken muß.

Die Tätigkeit der Konsumentenorganisation richtet sich in erster Linie auf die Beschaffung guter und preiswertes Nahrungs- und Genussmittel, Haushalts- und Bekleidungsgegenstände und Bedarfsartikel aller Art. Da in den Gewerben, die sich mit Herstellung dieser Artikel befassen, die Arbeitsverhältnisse vielfach weit hinter den gewerkschaftlich geregelten zurückstehen, und da ferner ganz besonders Nahrungs- und Genussmittel, sowie Bekleidungsgegenstände, sofern sie unter ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, den Käufer und seine Familie gefährden können, so ist hier ein zielbewusster Einfluß der organisierten Konsumenten zu erstreben.

Eine der ungesundesten und gemeinschädlichsten Arbeitsweisen ist die Heimarbeit. Die dort herrschende niedrige Entlohnung bildet die Ursache dafür, daß in ihrem Bereich alle ungesunden und volkswirtschaftlich schädlichen Umstände sich anhäufen. Lange Arbeitszeit, Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern, Kranken und Invaliden, gesundheitsschädliche Wohn- und Arbeitsräume, Unreinlichkeiten, ungenügende Trennung der Arbeitserzeugnisse von erkrankten Familienmitgliedern, das alles macht die Heimarbeit zu einem Gefahrenherd für die gesamte Arbeiterschaft. Die Möglichkeit der Übertragung von Insektenerkrankheiten ist bei dem Mangel jeglicher Kontrolle nirgends leichter als hier. Die Billigkeit solcher Heimarbeitszeugnisse bietet keinen Ersatz für diese Nachteile. Sie erhöht im Gegenteil die Gefahr der Seuchenverbreitung.

Gegen diese Mißstände sollte die Gesetzgebung energisch einschreiten. Da das zurzeit nicht der Fall ist, so müssen die Arbeiter selbst als Erzeuger wie als Käufer sich gegen diese Gefahren zu schützen suchen. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Heimarbeit einzuschränken, mindestens aber sie der gewerkschaftlich-tariflichen Regelung zu unterstellen.

Die Mitglieder der Konsumvereine dagegen müssen strenge Auslese beim Wareneinkauf halten und unachtsamlich alle Waren zurückweisen, die in der Heimarbeit, in Schweißwerkstätten oder unter sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind. Se gewissenhafter die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine diese Kontrolle ausüben, um so mehr werden sie eine Stütze gewerkschaftlicher Arbeitsbedingungen sein, und um so mehr wird es dem organisierten Konsum möglich sein, diese veralteten Erzeugungsmethoden durch eine modern-wirtschaftliche Eigenproduktion abzulösen.

Vor allem ersuchen wir die gewerkschaftlich, wie genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft, künftig keinerlei Heimarbeitszeugnisse derjenigen Fabrikationszweige mehr zu kaufen, in denen durch genossenschaftliche Eigenproduktion die sichere Gewähr für den Bezug einwandfreier Bedarfsartikel gegeben ist.

Wir bitten ferner alle Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften, für die weitere ständige Aufklärung der Arbeiter in diesem Sinne tätig zu sein, und richten das Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse, dieses Bestreben nachhaltig zu unterstützen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 11. Mai.

Achtung Landschaftsgärtnerarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnerbetriebe Lübeck sind gesperrt. Bezug von gelerntem und ungelerntem Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Gärtner befindet sich Stabenstraße 33.

Zum Frauentag. Die Frauen und Mädchen Lübeck veranstalten morgen Sonntag nachmittag, wie ihre Geschlechtsgenossinnen in allen Kulturländern, eine machtvolle Kundgebung gegen die politische Entrechtung und Knechtung des weiblichen Geschlechts.

Millionen von Frauen werden niedergehalten, sie besitzen keine politischen Rechte, überall werden ihnen künstliche Schranken errichtet. Dagegen benutzt man die Frauen in den gefährlichsten Berufen zur Arbeit.

Das Profitinteresse der Kapitalisten kennt keine Strupel, wenn ihnen größter Gewinn winkt. Selbst in den Berufen, wo das Leben und die Gesundheit der Frau und ihrer Kinder schwer gefährdet ist, sind heute noch, trotz unferer gepriesenen deutschen Sozialgesetzgebung viele Tausende zu zählen. Allein in der Steinindustrie sind 5127 Frauen und Mädchen beschäftigt. Beim Transport und Verladen der Bruchsteine, beim Schottereschlagen, beim Schleifen der Steine, in den Granit- und Porphyrwerken werden die Frauen mit besonderer Vorliebe zu den schwersten Härterungen benutzt. In den Ziegeleien, in den Bergwerken, in den chemischen Gistfabriken, überall graufige Bilder des langsamen Menschenmordes. Mit welcher großer Seelenstärke und heroischem Mut tragen Tausende von Frauen die zehnfache Knechtschaft und Entwürdigung.

Schon vor 115 Jahren hat Bürgermeister Hippel in Königsberg den Mut gehabt, Worte für die Gleichberechtigung der Frau zu sagen, die heute noch nicht erfüllt sind.

Die aufgeklärte Arbeiterschaft weiß, daß sie ihren Kampf nicht zum Siege führen kann, wenn sie die Frauen beiseite schiebt, darum muß jede Frau, jedes junge Mädchen sich in den Dienst unserer guten Sache stellen. Heraus aus den Häusern am Sonntag und in die Versammlung. Alle müssen mit aller Energie mitarbeiten an der Befreiung der Frau und damit an der Befreiung unserer Kinder und des ganzen menschlichen Geschlechts. Auch die Männer müssen an dieser Klundgebung teilnehmen.

Ein Reichthumel macht gestern Abend auf der Zielschießwiese der liberalen „Lübecker Nachrichten“ kuriose Sprünge. Ingetan hat es ihm die Tatsache, daß dem Arbeiterbildungsverein von einer Seite, welche auch das Lübecker Stadttheater als eine Volksbildungstätte betrachtet, eine Anzahl von Eintrittskarten zu den Maifestspielen für seine Mitglieder zur Verfügung gestellt worden sind. Es wird wohl keinen vernünftigen Menschen geben, der glaubt, daß durch den Besuch der „Walküre“ oder der Tragödie „Judith“ der Sozialdemokratie Vorschub geleistet wird. Der B., so zeichnet der besagte Reichthumel, redet jedoch von einer „Vorzugsbehandlung der sozialdemokratischen Partei“, welche den Besuch des Stadttheaters durch das Bürgerium nicht fördern werde. Und alles das, weil jemand einigen Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins, der sich mit Parteipolitik überhaupt nicht beschäftigt, Gelegenheit zum inangeltlichen Besuch guter Theater Vorstellungen gegeben hat. Nun hat die sozialdemokratische Partei zwar mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun, aber der „liberale“ Einseitigkeit braucht doch einen roten Lappen für seinen arbeiterfeindlichen Egoismus. Man vermischt darin nur die bescheidene Forderung, den Arbeitern, die sich erdreisten, Sozialdemokraten zu sein, den Besuch des Theaters überhaupt zu verbieten. Die versteckte Boykottandrohung des Lübecker Stadttheaters durch das zahlungsfähige Bürgerium wird denjenigen nur erheitern, der weiß, wie wenig jeder gerade jene Kreise unheimlichen Muffenspiele besuchen; auch die Maifestspiele. Viel schlimmer kann es gar nicht mehr kommen! Wir hätten lieber die eben so krausen wie neidischen Lamentationen des p. t. W. überhaupt kein Wort verloren, wenn dieselben nicht so deutlich zeigen würden, wie sehr gewissen Liberalen die Erschließung öffentlicher Bildungsstätten für die Arbeiter ein Dorn im Auge ist. Zu hoffen und zu erwarten ist jedoch, daß den Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins durch Freunde der Arbeiterschaft noch häufig Gelegenheit gegeben wird, teilzunehmen an den edlen Genüssen, welche echte Kunst zu bieten vermag.

Freiquartiere für die Jugend! Am ersten Pfingsttage treffen hundert jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aus Hamburg ein, um gemeinschaftlich mit der hiesigen Arbeiter-Jugend einen Ausflug in Lübeck's Umgebung zu unternehmen. Es ist nun unsere Pflicht — nachdem die Lübecker Arbeiter-Jugend vor zwei Jahren die Gastfreundschaft der Hamburger genossen hat — die Hamburger Jugendlichen für die Nacht vom ersten zum zweiten Pfingsttag in Freiquartieren unterzubringen. Wir bitten deshalb alle Parteigenossen, die ein freies Bett zur Verfügung haben und einen der Hamburger Jugendlichen beherbergen wollen, möglichst bald ihre Adresse dem Genossen W. Broome, Johannstraße 50, mitteilen zu wollen.

Der Jugendausschuß.

Hastpflicht bei der Telegrammbeförderung. Das Reichsgericht hatte sich unlängst mit einer Frage zu befassen, die für weite Kreise Interesse hat. Es handelte sich um die Feststellung, ob ein Postbeamter auch in den Fällen für sein Verschulden haftet, wo die Reichspost an sich die Haftung ablehnt. Die Reichspost haftet für Verzögerungen in der Beförderung nicht. Das Reichsgericht hat aber mit der Bestätigung des Urteils eines Oberlandesgerichts erklärt, daß der Postbeamte haftpflichtig ist, der die Verzögerung verschuldet hat. Der Kläger war wegen einer drohenden Zwangsvollstreckung in Schwierigkeiten. Er schrieb an seine Schwester, und diese sandte ihm auf telegraphischem Wege 800 Mark. Die Sendung ging über Hannover und erfuhr durch das Verschulden des Beklagten, der dort als Telegraphenassistent tätig war, eine Verzögerung. Wegen dieser Verzögerung konnte die Zwangsversteigerung nicht mehr verhindert werden; dem Kläger ist dadurch ein beträchtlicher Nachteil entstanden, für den er jetzt vom Beklagten Ersatz verlangt. Landgericht und Oberlandesgericht haben den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Zur Begründung führte das Oberlandesgericht aus, daß der Beklagte dem Kläger nach § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs haftpflichtig ist. Die verkehrte Amtspflicht habe dem Beklagten gegenüber dem Kläger obgelegen. Weiter heißt es: Der öffentliche Teil der Telegrammbeförderung hat dem Interesse der am Verkehr beteiligten Personen gedient. Diesem gehörte sowohl der Kläger als Empfänger wie auch der Absender des Telegramms an. Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision des Beklagten zurückgewiesen.

Vom Durst und vom Trinken. Man sollte nicht glauben, daß über den Durst und das Trinken noch viel Neues gesagt werden könnte. Daß dies doch der Fall ist, beweist der Vortrag, den Geh. Rat Klemperer in Berlin jüngst im „Verein für Volksgesundheitspflege“ in Berlin gehalten hat, in dem er viele bemerkenswerte Gedanken über den Durst und das Trinken entwickelte. Das Durstgefühl ist an der Zunge, dem Gaumen, der Rachenschleimhaut und dem Anfangsteil der Speiseröhre lokalisiert und besteht in einem Gefühl der Trockenheit. Außer dieser örtlichen Empfindung erzeugt der Durst aber noch ein Allgemeingefühl, bestehend in einer Hinsinnigkeit, Schläfrigkeit. Die örtliche Durstempfindung wird ohne Zweifel durch eine Austrocknung der Schleimhäute bedingt. Daher entsteht Trockenheit des Mundes und Durstgefühl bei Leuten, welche mit offenem Munde atmen, z. B. im Schlafe. Hieher gehört auch der Durst, welcher durch Speisereste, besonders von salzigen und pikanten Speisen, in der Mundhöhle erzeugt wird. Hauptächlich aber entsteht der Durst von innen her, durch Wasserverlust des Blutes, welcher durch sehr verschiedene Umstände erzeugt wird. Diese Flüssigkeitsabgabe führt zu einer Eindickung des Blutes, welche an der Munds- und Rachenschleimhaut und am Anfangsteil der Speiseröhre als Durst empfunden wird, offenbar, weil das zu konzentrierte Blut diesen Teilen Feuchtigkeit entzieht. Man kann daher den Durst bis zu einem gewissen Grad rein örtlich beseitigen und den Organismus auf diese Weise sozusagen betrogen, durch Mundauspülen mit kaltem Wasser. Auch das Rauchen kann durch Anregung der Speichelsekretion ähnlich wirken, bei anderen auch wieder die Trockenheit des Mundes erhöhen. Zusatz von Säuren zum Trinkwasser, das Bergehenlassen säuerlicher Bonbons, von

Pfefferminzplättchen, wirkt örtlich betäubend auf die Durstempfindung. Nicht selten äst uns aber auch das Durstgefühl, indem es uns ein Flüssigkeitsbedürfnis vortäuscht. Hieher gehört der nervöse Durst. Nervöse Personen leiden nicht selten an übertriebenem Durstgefühl. Hierher gehört auch das durch zu häufiges Trinken herangezogene Gewohnheits-Durstgefühl, welches ganz ohne wirkliches Flüssigkeitsbedürfnis auftritt, weil sich eben die Nerven an den wiederkehrenden Reiz gewöhnt haben. Man soll sich daher nicht daran gewöhnen, bei jedem leisen Durstgefühl zu trinken. Der Durst stellt sich immer häufiger ein, je öfter man ihn befriedigt, während er andererseits, wenn man ihn nicht beachtet, oft wieder verschwindet. Der „Katerdurst“ am Morgen nach einem Trinkgelage beruht auf einer leicht entzündlichen Reizung der Schleimhäute infolge des Alkoholgenusses. Das Quantum, das der Mensch trinken muß, hängt von der Flüssigkeitsabgabe des Körpers ab und richtet sich nach der Lufttemperatur, Feuchtigkeit, Kleidung, Ruhe, Bewegung, Arbeit, Ernährung. Als mittleres Maß des Getränkes in 24 Stunden bei mäßiger körperlicher Arbeit dürfen 2—2,5 Liter genügen. Was das Tischgetränk anbelangt, so soll jedenfalls nicht viel beim Essen getrunken werden. Nützlich ist es überhaupt nicht, wenn nicht besonders starke Wasserverluste stattgefunden haben. Ganz unrichtig ist es, vor dem Essen viel Flüssigkeit zu sich zu nehmen. Der Kräftschoppen ist vor der Verbirrung des Mittagessens. Viele Leute haben sich allerdings so daran gewöhnt, daß sie keinen Appetit zu haben meinen, wenn sie nicht vor dem Essen die Kehle anfeuchten.

Arbeiterrisiko. In der Sägemühle von Havemann und Sohn fiel am Donnerstag dem Arbeiter Burmeister, in Havensbusch wohnhaft, eine Anzahl Bretter auf das linke Bein, wodurch dasselbe so erheblich verletzt wurde, daß sofort ärztliche Hilfe erforderlich war.

R. Strafkammer. Sitzung am 10. Mai. Eine rohe, blutige Schlägerei, die erste Folgen hatte und bei der das Messer eine große Rolle spielte, war gestern Gegenstand einer Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Wegen schwerer Körperverletzung hatte sich der Tagelöhner Heinrich M. aus Ahrensböhl zu verantworten. In der Herberge zu Ahrensböhl entstand nämlich eines Abends zwischen einigen jungen Burschen ein Streit, den der Angeklagte angezettelt hatte. Infolgedessen wurde er zusammen mit einem anderen an die Luft gesetzt. Zwei andere junge Männer, die mit an dem Streit beteiligt waren, folgten nach kurzer Zeit. Als nun der Arbeiter M. aus dem Hause in die Dunkelheit trat, wurde er plötzlich zu Boden gerissen, und gleichzeitig fühlte er Messerstiche am Arme und am Hinterkopf. Als er sich erhob, wurde er außerdem in die Bruist gestoßen. Dem hinzugekommenen Nachtwächter floh ein großer Stein an den Oberkörper, sodas der Beschädigte der Ordnung Resthaus nehmen mußte. Als Täter kam nur der Angeklagte in Betracht, der jedoch die Tat bis zuletzt bestritt und behauptete, kein Messer besessen zu haben. Es mußte unbedingt ein anderer gewesen sein. Außerdem sei er dem M. nicht feindselig gesinnt gewesen. Das Gericht war aber von seiner Schuld überzeugt und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis. Es führte aus, daß der Angeklagte als ein roher, gewalttätiger Mensch bekannt sei, dem derartige Taten zuzutrauen seien. Als Milderungsgrund käme für ihn nur der Umstand in Betracht, daß er sich in seinem Opfer geirrt habe; denn sonst hätte auf eine bedeutend höhere Strafe erkannt werden müssen, da ja der Gemüthskranke u. a. eine so schwere Wunde am Arm erhielt, daß die Hand steif geblieben ist.

R. Der Untergang der „Herfelin“. In der letzten Sitzung des Seeamtes war u. a. auch der Untergang des Dampfers „Herfelin“ Gegenstand der Verhandlung. Der Dampfer gehörte der hiesigen Dampfschiffreederei Horn und repräsentierte einen Wert von 450 000 Mk. In Bord hatte er Kohlen, deren Wert auf 40—50 000 Mk. geschätzt wurde. Als er nun im November v. J. in den Hafen von Porto einzufahren wollte, wurde er so schwer beschädigt, daß er in kurzer Zeit sank und samt seiner Ladung völlig verloren ging. Die Mannschaft konnte sich retten. Dieses Unfalls wegen hatte sich der Kapitän des Schiffes, Hellmann, vor dem Seeamt zu verantworten. Der Spruch des Seeamtes erging dahin, daß den Kapitän Hellmann keine Schuld an dem Untergang treffe. Sein Verhalten und seine Vorsichtsmaßregeln seien korrekt gewesen. Vielmehr trage der betreffende Lotse, der das Schiff über den Strom führen sollte, die Schuld.

Handelsregister. Am 9. Mai 1912 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma G. P. S. Ding u. Sohn in Lübeck: Dem Buchhalter R. K. E. Meyenburg in Lübeck ist Procura erteilt; 2. bei der Firma Ferd. Dahlberg u. Co., Lübeck: Kommanditgesellschaft seit dem 5. Mai 1912. Persönlich haftender Gesellschafter: F. M. H. Michelsen, Kaufmann in Lübeck. Es ist ein Kommanditist vorhanden. Dem R. E. M. Klodt in Lübeck ist erneut Procura erteilt. — Am 9. Mai 1912 ist eingetragen bei der Firma Ferd. Dahlberg u. Co., Lübeck: Kommanditgesellschaft seit dem 5. Mai 1912. Persönlich haftender Gesellschafter: F. M. H. Michelsen, Kaufmann in Lübeck. Es ist ein Kommanditist vorhanden. Dem R. E. M. Klodt in Lübeck ist erneut Procura erteilt.

Die Badezeit beginnt. Das Finanzdepartement macht bekannt, daß die Badeanlagen Krähenteich und Falkendamm am 15. Mai eröffnet werden.

pb. Fahrraddiebstahl. In verfloßener Nacht ist aus einem Hause der Schwartauer Allee ein Fahrrad, Marke „Cito“ abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen. An dem Fahrrad waren die Nummernschilder 2 angebracht. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen, gerade Lenkstange mit abgenutzten Griffen. Auf dem Hinterrad befindet sich ein fast neuer Gebirgsreifen. Das hintere Schutzblech ist verbogen.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Am Freitag fand der Entscheidungskampf Reglin—Mamutow statt. Sieger blieb nach 42 Minuten Reglin. Vorher siegte von Andree über M. Schwarz in 18 Minuten durch einen Ausheber. 3 Ringer sind jetzt noch unbesezt: Reglin, von Andree und Sturm, zwischen denen auch die Entscheidung liegen wird. Heute Sonnabend ringen: von Andree—Reglin, Mamutow gegen Gambler und Pettitjean—Schwarz. Sonntag: Sturm—von Andree, Entscheidungskampf Reglin—Pettitjean. Vorher Boxkampf-Demonstration Schwarz—Gambler.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am 12. d. M. findet die letzte Sonntagsaufführung in dieser Spielzeit statt. Gegeben wird „Car men“, um Fr. W. W. B. die mit Ablauf dieser Spielzeit von uns geht, Gelegenheit zu geben, sich vom Lübecker Publikum in einer hervorragenden Partie zu verabschieden.

Stockelsdorf. Zum Frauentag: Die öffentliche Versammlung für Frauen und Männer findet am morgigen Sonntag abend 8 Uhr im Lokale des Herrn Baetian in Fadenburg statt. Starke Besuch ist dringend erforderlich. **Secretes.** Der Kampf der Frau um gleiches Recht, so lautet das Thema der morgigen Sonntag, nachm. 3½ Uhr im Lokale des Herrn Emil Cordis stattfindenden

öffentlichen Versammlung. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, in derselben zu erscheinen.

Hamburg. Der Espionageversuch auf das Werk von Blohm u. W. o. B. Vor dem Reichsgericht fand gestern der Espionageprozess gegen den Kupferstecher Gustav Adolph Bollert aus Hamburg statt. Er wird beschuldigt, auf der Werk von Blohm u. W. o. B. Pläne zu den Kreuzern „G“ und „H“ (später „Moltke“ und „Goeben“) sich rechtswidrig angeeignet und versucht zu haben, sie zur Kenntnis und in den Besitz anderer gelangen zu lassen. Acht Zeugen und zwei Sachverständige waren geladen. Die Verhandlung wurde öffentlich geführt; nur während der Vernehmung der Sachverständigen wird die Öffentlichkeit zeitweise ausgeschlossen. Der Angeklagte betannte sich schuldig, den Plan sich angeeignet zu haben; davon, daß es der Plan zu den Neubauten der großen Kreuzer „Moltke“ und „Goeben“ gewesen sei, will er aber nichts gemußt haben. Nach eingehender Zeugenvernehmung verurteilte das Reichsgericht Bollert wegen Rückfall-Diebstahls und versuchten Verrates militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Nach der Verkündung des Urteils verließ der Angeklagte in Raserei, sprang über alle Tische und warf sich aus dem Fenster stürzen. Es gelang nur mit Mühe, ihn zu bewältigen. Nachdem er kurze Zeit betäubungslos am Fußboden gelegen hatte, geriet er aufs neue in Raserei und konnte nur mit Gewalt abgeführt werden.

Hamburg. Der Streik auf der Vulkanwerft in Hamburg beendet. Am Freitag nachmittag traten die Arbeiter der Vulkanwerft nochmals zu einer Versammlung zusammen. Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Heilmann, berichtete, daß neu angebahnte Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien. Die Direktion der Vulkanwerft halte ein unparteiisches Schiedsgericht für überflüssig. Der gemahregelte Vertrauensmann soll nach dem ersten Vorschlage ohne wirtschaftliche Schädigung in einem anderen Betriebe eingestellt werden. Wenn sich in Zukunft Differenzen mit Arbeiterauschüßmitgliedern ergeben sollten, soll die Direktion, ehe weitere Schritte (Entlassung um.) vorgenommen werden, eine genaue Prüfung der Sachlage vornehmen. Die Streikenden sollen sämlich wieder eingestellt werden. Am Sonnabend soll der Arbeiterauschüß gehört werden, wie die Wiederanstellung am Betreuten zu regeln sei. Im Namen der Vertrauensleute und Delegierten empfahl Heilmann die Annahme dieser Vorschläge. Nachdem noch eine Anzahl Redner das Für und Wider eingehend erörtert hatten, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Obleute und der Ausschüß der Arbeiter der Vulkanwerft empfehlen, um die Geschlossenheit der Organisation zu erhalten, und durch die augenblickliche Situation gezwungen, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Die Arbeiter der Vulkanwerft erklären jedoch, stets bei rigorosom Vorgehen der Direktion für die von ihnen gewählten Kollegen mit Nachdruck einzutreten. Die Arbeiterschaft der Vulkanwerft ist nach wie vor bestimmt der Meinung, daß sie ihr altes Recht verteidigt und die Entlassung des Obmannes zu Unrecht erfolgt ist.“

Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen (gegen etwa 200 Stimmen). Die Aufnahme der Arbeit wird also am Montag erfolgen.

Hamburg. Ein Wahlrechtsantrag in der Hamburger Bürgererschaft. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgererschaft hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Bürgererschaft beschließt, den Senat um eine Vorlage zu ersuchen, durch welche die Verfassung des hamburgischen Staates und das Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgererschaft dahin geändert werden, daß die gesamte Bürgererschaft auf Grund des gleichen und geheimen Wahlrechts aller großjährigen Staatsangehörigen zu wählen ist.“ — Der Hamburger Senat für die Kasernenkultur. Ein Stück echt „hamburgischer Eigenart“ offenbarte die Mittwochssitzung der Hamburger Bürgererschaft. Es handelte sich um das Vereinsrecht der Beamten. Von einem Redner der vereinigten Liberalen war vor einigen Wochen anlässlich der Budgetberatung die skandalöse Maßregelung eines Gefängnisbeamten zur Sprache gebracht worden. Der betr. Beamte, ein Gefängnisaufseher war auf dem Disziplinarwege ernstlich verwahrt und mit einer empfindlichen Geldstrafe bedacht worden, weil er sich herausgenommen hatte, im Namen des Vereins der Aufseher eine an die Gefängnisdeputation gerichtete Eingabe, die Arbeitsverhältnisse betraf, zu unterzeichnen. Vom Senatstische wurde daraufhin am Mittwoch klipp und klar ausgeführt, daß die Behörde unter keinen Umständen den militärisch organisierten Beamten das Koalitionsrecht zugestehen würde. Derartige Beamtenvereine verfolgten Tendenzen, die sich gegen die vorgelegte Behörde richteten; sie seien daher mit dem Beamtengesetz vereinbar. Die Rechte des Hauses untertriff diese Ausführungen durch lebhafte Beifallsstimmungen. Von den Parteilern der Linken, u. a. von unserem Genossen Hoffmann, wurde demgegenüber mit Recht darauf hingewiesen, daß die Behörde damit die Beamten zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren. Mit der Verfassung sei der Standpunkt des Senats unvereinbar. Wenn es sich aber um Wahlen handele, so könne die Behörde die Stimmen der Beamten sehr gut gebrauchen, und sie scheue dann nicht davor zurück, in Beamtenversammlungen für die regierungsfremden Vertreter Stimmung zu machen.

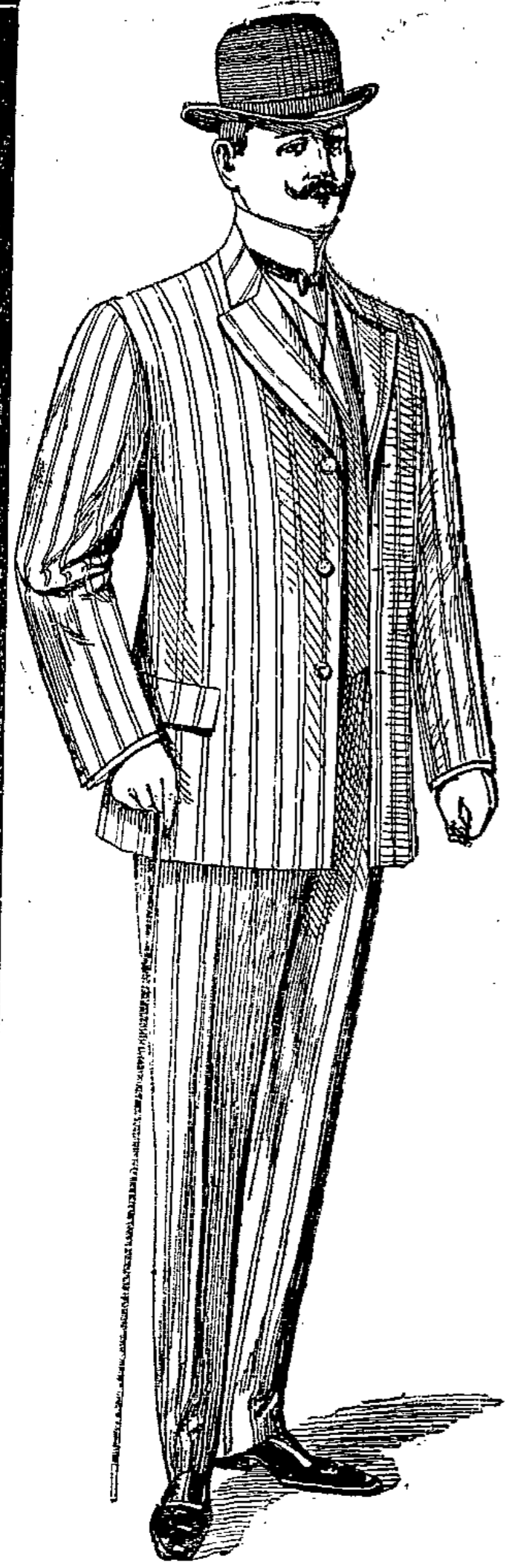
Hamburg. Milde bestrafte Soldaten-schänderei. Wegen Mißhandlung Untergebener wurde vom Kriegsgericht der Unteroffizier Krüger von der 1. Komp. Inf.-Regts. Nr. 84 zu vier Wochen und 10 Tagen Mittelarrest verurteilt. Kr. hatte dem Musketier Holz, als er beim Zielen sich ungeschickt zeigte, den Kopf blutig geschlagen. — Damit vergleiche man das Wilhelmshavener Schreckensurteil gegen zwei Leute, die einen Unteroffizier in ungehöriger Weise ein wenig angerepelt hatten! Und so etwas bezeichnet man dann als Rechtssprechung.

Bremserhaben. über den Bau eines Krematoriums ist den Stadtverordneten eine längere Vorlage zugegangen, worin der Stadtrat mittelt, daß er der Errichtung eines Krematoriums sympathisch gegenübersteht. Die weite Entfernung des Wulfsdorfer Friedhofes lasse den Bau innerhalb des Reichsbildes Bremershavens wünschenswert erscheinen. Das Bauamt hat einen Kostenanschlag ausgearbeitet, der Andachtshalle, Urnenhalle, Einäscherungsrichtungen und Nebenkäme umfassend, den Betrag von 110 000 Mark erreicht. Die Betriebskosten werden auf 4—5000 Mk. pro Jahr geschätzt und sind nach den anderwärts gemachten Erfahrungen aus den laufenden Einnahmen zu decken.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Von F. M. 200 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämlich in Lübeck.



Neu eröffnet!

Große Auswahl moderner

Herren- und Knaben-Anzüge

finden Sie in meiner Spezial-Abteilung.

Knaben-Anzüge in guten Qualitäten
2⁹⁵ 3³⁵ 4²⁵ 5⁴⁵ 6⁹⁵ 7⁹⁵ usw.

Herren-Anzüge 11⁷⁵ 19⁵⁰ 24⁵⁰ 28⁰⁰ 34⁵⁰ 38⁷⁵
Meine Anzüge zeichnen sich besonders durch gute Verarbeitung u. tadellosen Sitz aus.

Besonders vorteilhaft:

Arbeiter-Hosen 2⁴⁵ 2⁹⁵ 3⁶⁵ 4⁰⁰ 4⁷⁵
Schlosser-Hosen 1⁵⁰ 1⁷⁸ 2⁴⁰
Schlosser-Jacken 1⁵⁰ 1⁹⁵ 2⁴⁰
Blaue Pilot-Jacken 3⁴⁵ 4⁴⁵

Arbeiter-Hemden 1²⁵ 1³⁵ 1⁷⁵ 1⁹⁵ 2²⁵ **Normal-Hemden** 98⁴ 1²⁵ 1⁴⁵ 1⁷⁵ 2⁰⁰ 2⁴⁵
Arbeiter-Kajen 1¹⁸ 1³⁵ 1⁶⁵ 1⁸⁵ 2⁰⁰ 2²⁵ usw. **Strohhüte** 28, 48, 68, 95⁴ 1¹⁵ usw.

Herren-Mützen 30 35 50 60 85 108⁴ usw.
Handstöcke 38 45 65 98⁴ 1³⁸ 1⁹⁵

sämtliche Manufakturwaren, Kleiderstoffe, Baumwollstoffe, Bettzeuge, Hemdentuch-, Blusenstoffe
in großer Auswahl und billigen Preisen.

Berufskleidung für jedes Gewerbe
(von M. Mosberg, Bielefeld.)



Johannes Holst

früherer langjähriger Angestellter der Firma Otto Albers.

Kohlmarkt 6.

Markt 6.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
(100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

10.50 Mk. 12.50 Mk.



15.50 Mk. 18.00 Mk.
Alleinverkauf
F. Baurenfeind, str. 34.

Spezialitäten
Firma Ldw. Wiegels, Fischergrube 57
Bungescher Speiseessig,
Kons. Honigessig, la. Flomheringe, la. Anchovis,
la. weinsaurer Salzgurken,
la. Magdeburger Sauerkohl
la. Rohmsops.

Rheinperle SOLO

Margarine, die Elitemarken der Branche ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. Werke - Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch, Rhld.

Verabsichtige in der Stadt und
Golfstentor

Filialen

bei bestehenden Geschäften einzurichten. Grünwaren-, Bier- und Brothandlungen, welche geneigt sind den Verkauf von Milch und Meiereiprodukten gegen hohe Prozente zu übernehmen, wollen sich melden.

Südböcker Golfstent-Weierei
Georg Dietz Nachfolger.
296) Jnh.: Otto Gebrke.
Wiefelstraße 44. Fernspr. 2336.

Anstalt für
Mottentötung.
Rehm, gr. Burgstr. 36.
279) Fernruf 1470.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
(169) Gr. Burgstr. 32.

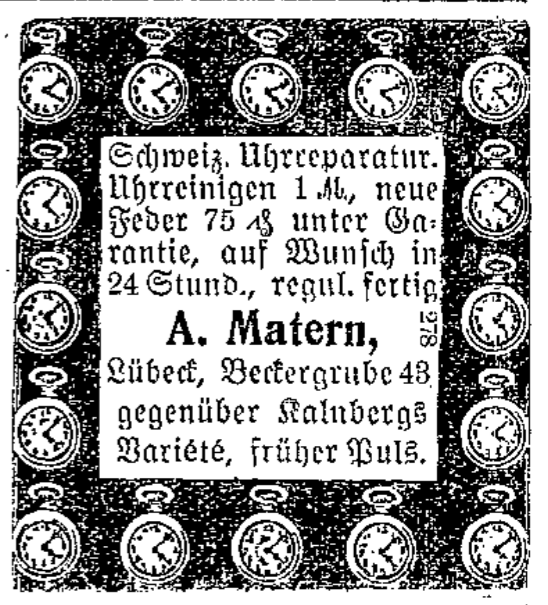
DEHAZET

Garantiert rein
Deutsche Honigarten
in Zusammenstellung
mit Raffinade.

Goldene und silb. Uhren

gut und billig.
L. S. Baruch, Wandteiggeschäft,
Südstr. 35.

Autogenische Schweiz-Dreharbeiten
sämtlicher Art werden ausgeführt.
Fahrräder und Nähmaschinen
werden sachmännlich repariert.
P. Wolf, Weiskinger Allee 38.
Stöwer-Greif-Fahrräder
stets am Lager.



Willy Koch
Zahntechniker
Lübeck, Holstenstrasse 21.
Ad. Kühner, Uhren- u. Goldwaren-
merkatt. (104) Fünfhausen 13.

Kartoffeln

Blaue französische, 10 Pfd. 65 Pfg.,
100 Pfd. 5.50 Mk.
Magdeburger Eierkartoffeln
10 Pfd. 60 Pfg., 100 Pfd. 5 Mk.
Magnum bonum (gelbfleischend):
10 Pfd. 55 Pfg., 100 Pfd. 4.75 Mk.
empfehlen

Wilhelm Süfke

Warendorferstr. 25. Fernspr. 1746.

Einen silbernen Löffel umsonst

erhalten Sie beim Ge-
brauch von Liebig's
Backpulver
Puddingpulver
Vanillinzucker
etc. etc.

Das Blutbad an der Lena und der Zar.

Als die Kosaken vor einem Jahrzehnt unter den streikenden Arbeitern in Saroslaw ein Gemetzel anrichteten, pries Zar Nikolaus II. seine treu ergebenen Blut-

Sie wußten was sie taten, als sie hinter dem Rücken des Zaren Deckung suchten. Der Appell an ihn bedeutete die Erledigung des ungeliebten „Ereignisses“ im Sinne der Gewalt und des Profits.

auf diese Worte berufen, er kann auf die kaiserliche Gnade Anspruch erheben und darf weder vom Zaren noch von dessen „Vertrauens“person zur Verantwortung gezogen werden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 10. Mai 1912.

59. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen. Zunächst wird die Wahl des Abg. Trampczyński (Polen) entsprechend dem Antrag der Wahlprüfungs-

Sachse (S.D.): Ich will den Antrag der Kommission nicht bekämpfen, aber doch auf einige Punkte und Vorgänge im Wahlkampfe hinweisen. Wie die scharfmacherischen Führer der Nationalliberalen gegen Herrn Heckmann gehandelt haben, war keineswegs schön.

an den Behauptungen Wahres sei, wurde unseren Genossen erklärt, von den Ältern habe man keine Ahnung, die Kirche sei von 5 Uhr früh bis 8 Uhr

Mumm (W.G.): Die Äußerung des Gewerkschaftssekretärs Hüsgen ist wahrlich nicht mißverständlich.

Es folgt die Beratung der Wehrvorlage und des durch sie bedingten Ergänzungsetzes, die mit einander verbunden werden.

Dazu liegt folgender Antrag des Abg. Albrecht (S.D.) und Genossen vor. Vom 1. Oktober 1915 tritt bezüglich der Dienstpflicht folgende Bestimmung in Kraft:

Dr. Gradnauer (S.D.): Meine Fraktion hat in erster Lesung in umfassender Weise ihre Anschauungen über diese Vorlagen zum Ausdruck gebracht.

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(36. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Für sie dieses Evangelium, das der Prediger jetzt beginnt, sowie diese herrlichen Bibelverse der Bergpredigt, die wie ein feilcher Luftzug ihre brennenden Augen beleben:

Herr Gott, höre mein gutes Recht, Höre meine Stimme, wenn ich Dich rufe...

Und dies ist der Ruf ihrer Herzensangst, welcher von diesen frisch und jugendlichen Stimmen, die der ihrer Ehne so gleichen, getragen an die hohen Wölben der Kirche hinaufsteigt.

Der Augenblick ist da, in welchem Auffanden aus dem Schatten heraustritt, hoch auferichtet trotz seiner 76 Jahre, mit dem mächtigen Haupte, welches durch den langen weißen Kragen seines Priesteraltars gleichsam erleuchtet wird, und er betont mit kräftiger Stimme den von ihm zum Text gewählten Vers der Bibel:

Herrgott, Herrgott, haben wir nicht in Deinem Namen prophezeit, in Deinem Namen die Teufel verjagt, in Deinem Namen viele Wunder verrichtet? Und hierauf beginnt er einfach, mit gedämpftem Tone, der Mensch vor Gott, also zu sprechen:

„Meine Brüder, 800 Jahre ist es her, daß Pierre Ayrault, Advokat im Parlament von Paris, ein Gelehrter und Weiser, den Schmerz erlitt, seinen einzigen Sohn zu verlieren, dessen Herz ihm von den Jesuiten, die ihn für ihren Orden zu gewinnen mußten, abgewandt wurde, und den sie nie wieder zu den Seinen zurückkehren ließen.

reformierten Christen, dieses verabscheuungswürdige Verbrechen.“

Hier folgte die Schilderung der Begebenheit in großen Zügen, das Verschwinden des Kindes, der unheilvolle Schmerz der Mutter. O, sie hätte keine Abhandlung geschrieben, hätte auch weder König noch Parlament belästigt. Sie wäre nur eine der Niedrigen, von denen die heilige Schrift spricht, die nichts weiter als ihre Tränen hätte, die einem Strome gleich immer und immer fließen.

Wiz hither war nicht eine Anspielung, welche die Schuldigen bezeichnet, eine Persönlichkeit namhaft gemacht hätte. Als er jedoch von einer Frau mit unerbittlichem Herzen sprach, die sich hinter einem kolossalen Vermögen und einem hochgeachteten Namen schützend verberge, verstand jeder-mann den direkten Angriff auf Frau Lutheman, die immer das Antlitz dem Redner zuwandte, ohne daß auch nur ein Schein von Rüte auf ihre waschbleichen Wangen gestiegen wäre. Die gewaltige Stimme Auffandons donnerte und wolle wie ein Wetter in den Gebirgen, vom Echo zurückgeworfen.

Seit langer Zeit hatte die Kirche Oratoire, die an geschickt abgerundete Phrasen und feststehende geistliche Redewendungen gewöhnt war, eine so köhne und einfache Sprache nicht gehört, nicht ähnliche Wüßer aus der Natur, die wie balsamisches Aroma zu dem Schiff der Kirche hinabstiegen, die blumenunprofunden Quellen gleichen, welche das Wort der Schrift, das Buch der Natur und des Himmels, zu seiner Gnade und seinem uranfänglichen Glanze zurückführten.

Und mit welcher schöner Verachtung weiß er, das Wert der Evangelistinnen zu behandeln, ohne es zu nennen, sowie alle die frommen Institute derselben Richtung, welche er als Auswüchse am Baume des Christentums, als die Parasiten, die ihn verschlingen und ersticken, bezeichnet.

Damit dieser Baum seine Kraft und seinen Saft behalte, müsse man sein Wachstum aus dem vollen heraus-schneiden, und er schneidet, der alte Priester, und bringt ein schreckliches Niedererschlagen dieser öffentlichen Zeugnis- ablegungen, dieser verzückten und mysteriösen Vorstellungen, dieser Sitzungen von Alissa-Quas, die nicht weniger komisch aber viel wilder sind, als die Sabbate jener „Heilsarmee“, welche Paris mit ihren riesenhafteu Plakaten bedeckt, welche am Rande unserer Trottoirs die als Knickerbroder gekleideten kleinen Mädchen aufstellt, und welche die Reklame für Jesus Christus so Blatt für Blatt ausstellt.

Und plötzlich mit einer stolzen und fetterlichen Handbewegung, mit der er die Kanzel und das ganze Gotteshaus

beherrscht, und welche die Steine des Gewölbes und die gesamte Menge erbeben macht:

„Guter Gott, Gott der Liebe, des Mitleids, der Gerechtigkeit, Hüter der Menschen und der Sterne, sieh, welches Herrbild sie aus Deiner Götlichkeit gemacht, wie sie dieselbe in ihrer Vorstellung entstellt haben. Obgleich Du sie von Deinem hohen Thron herab verleugnest und verflucht hast, so begehrt der Hochmut dieser falschen Propheten und dieser Wunderhändler doch immer noch Verbrechen in Deinem Namen. Ihre Lügen umhüllen mit Nebel Deine Religion des Lichtes. Deshalb ist heute Dein alter Partur, von den Jahren beschwert und schon in die Nacht der Vergessenheit zurückgetreten, in der man sich verbirgt und schweigt, doch noch einmal auf die Kanzel gestiegen, um jene Frevelthaten vor dem christlichen Gewissen aufzudecken und aufs neue Deinen Fluch vernehmen zu lassen: „Sebet Euch weg von mir, ich habe Euch nie gekannt!“

Die Worte des Pfarrers fielen in jenes lautlose Schweigen, welches das Beifallszeichen religiöser Versammlungen ist. überall feuchte Augen, hörbare Atemzüge, und hoch oben in ihrer Ecke der Empore die arme schluchzende Mutter, welche ihr Antlitz in den Händen verbirgt. Diesmal stießen die lindernden Tränen ohne Bitterkeit und Brandwunden zu hinterlassen. Sie seht sich gerächt und vor allem von der Verzornis befreit, daß Gott mit diesen Bösewichtern sein könne. Nein, nein, er ist mit ihr, der Gott der Gerechtigkeit, er protestiert, er befiehlt. Auch Ehne wird ihn hören und zu ihrer Mutter zurückkehren müssen.

Der Dekan tritt jetzt, nachdem er von der Kanzel herabgestiegen ist, vor die Tafel, auf welcher der Wein zwischen den vier mit Brot gefüllten Schalen in den Kelchen erzittert, und während er die schönen und einfachen Gebete spricht, welche der Kommunion vorhergehen: „Hört, meine Brüder, auf welche Weise unser Herr Jesus Christus das heilige Abendmahl eingeseht hat“, zuckt er zusammen, indem er die Frau des Bankiers unbeweglich und aufrecht auf ihrer Bank sitzen sieht. Was sucht die Hochmütige hier noch, nachdem sie ihn gehört hat? Warum ist sie nicht mit hinausgegangen, als der Prediger den Segen gesprochen und gebeten hatte, daß diejenigen, welche nicht das Abendmahl nehmen wollen, sich „in guter Ordnung“ zurückziehen möchten? Beschäftigte sie wirklich die Frechheit? Und den liturgischen Text nach seiner Auffassung auslegend, begann er mit lauter Stimme: „Jeder prüfe sich selbst, bevor er esse von diesem Brote und trinke aus diesem Kelche, denn so er es unwürdig tut, isst und trinkt er das Verderben...“ (Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen in der Dunkelkammer der Kommission an gewisse Angeklagte in Kriminalprozessen, die immer auf den großen Unbekannten hinweisen. (Heiterkeit bei den Soz.) Ich kann erklären, daß man uns in der Kommission gar keine Meinungen oder abgegründete Geheimnisse vererbt hat, daß im Gegenteil die Mitteilungen, die uns zuteil wurden, nur dazu beitragen konnten, uns in unserer Stellung gegenüber den Vorlagen zu befestigen. Jeder Vorkämpfer, der im Laufe der letzten Jahre die deutsche Presse verfolgt hat, hat all das hundertfach finden können, was uns in der Kommission vom Staatssekretär des auswärtigen Amtes und dem Kriegsminister erzählt worden ist. Vor allem wies man uns darauf hin, daß die Heereskräfte der benachbarten Nationen außerordentlich gestiegen und ihre Einrichtungen vervollkommen seien. Meine Freunde wurden bei diesen Darstellungen den Eindruck nicht los, daß man möglichst schwarz in Schwarz zu malen suchte, die Stärke des deutschen Heeres möglichst zu verschleiern, dagegen die Verhältnisse der auswärtigen Staaten möglichst glänzend hinzustellen suchte. Der Kriegsminister hat nicht vorgeschrieben, was er nicht schon vor einem Jahre, als das letzte Antiquariat abgeschlossen wurde, hätte voraussagen können, es sind während dieser Zeit keinerlei unvorhergesehene militärische Rüstungen in anderen Staaten erfolgt. In der Presse wird behauptet, daß die französische Armee zahlenmäßig der deutschen überlegen sei. Das ist unrichtig, denn die französische Armeestärke steht zum großen Teil nur auf dem Papier. In Bezug auf Marokko hat die Entwicklung der letzten Wochen uns recht gegeben. Frankreich ist dort im starken Maße militärisch festgelegt, in absehbarer Zeit ist aus Marokko eine Verstärkung der französischen Heeresmacht nicht zu holen. Unser Verhältnis zu England ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte europäische Entwicklung. Und gerade dieses Verhältnis muß Deutschland bestritt sein zu verbessern. Über die mit England gepflogenen Verhandlungen haben wir keine Auskunft erhalten: trotzdem wollen die Freisinnigen die Vorlagen auch ohne diese Auskunft bewilligen. Wir betonen erneut, wir wünschen mit England eine Verständigung nicht durch den Austausch irgendwelcher Kolonien, sondern in der Rüstungsfrage. Leider haben die ausschlaggebenden Parteien in der Kommission diese Frage nicht mit dem nötigen Ernst behandelt, das Zentrum ist ja reine Militär- und Regierungspartei geworden. 850 Millionen neuer Ausgaben erwachsen dem deutschen Volke aus diesen Heeresvorlagen für die nächsten fünf Jahre. Da hätte man auch für die deutschen Steuerzahler Verbesserungen schaffen müssen. In dieser Richtung soll vor allem auch unser Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit wirken. Der Zentrumredner meint, eine Verkürzung der Dienstzeit würde sehr viel kosten. Das heißt die Heeresverwaltung geradezu zu einer möglichst hohen Kostenrechnung aufreizen. Sobald wir Reformen im Interesse des Volkes wünschen, kommen Sie, die Sie Hunderte von Millionen bewilligen, mit den großen Kosten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zweifelloch können beim Heeresetat noch bedeutende Ersparnisse gemacht werden. Am nur ein Beispiel anzuführen, erwähne ich, daß für den kommandierenden General in Frankfurt a. M. ein Gebäude errichtet werden soll für 720 000 Mk., abgesehen vom Grunderwerb. (Hört, hört! bei den Soz.) An Keigeltern, Repräsentationskosten, Reizmittelgaben könnten erheblich gespart werden. Daß die Ausbildung der Kavallerie in zwei Jahren nicht möglich sei, hat der Kriegsminister nicht beweisen können. Die Freisinnigen begnügen sich mit einer Resolution, daß die Verkürzung der Dienstzeit entsprechend der besseren körperlichen und geistigen Ausbildung der Jugend in die Wege geleitet werden soll. So sehr wir für eine bessere körperliche Ausbildung der Jugend sind, so wenig ist es doch nötig, die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit mit dieser Forderung zu verquicken. Wegen die weitere Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie führt man die Notwendigkeit des Drills an. Aber die Japaner haben die Russen besiegt, ohne Exerzierdrill zu haben, während das russische Drillsystem ganz vorzüglich ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Würde man den Paradebrill, die Griffsäbungen, den Wachtdienst verringern, so würde man mit einer bedeutend verkürzten Dienstzeit auskommen können. (Zustimm. b. d. Soz.) In den Instruktionsstunden werden die Soldaten in abgeschmackter Weise über die Sozialdemokratie „aufgeklärt“. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da könnte man wirklich die Dienstzeit verkürzen, anstatt die Armee zum Tummelplatz einseitiger politischer Tendenzen zu machen. Wenn Sie unseren Anregungen keine Folge geben, so wird sich im Volke eine große Bewegung entwickeln, die ungeheuer und machtvoll die Verwirklichung unserer Anregungen fördern wird. Weder finanziell noch sachlich ist die Wehrevorlage begründet, umso mehr ist es zu bedauern, daß sie nicht einmal die bescheidensten Reformen im Interesse des Volkes durchzuführen wollen. Wir stellen unsere Forderungen im Dienste des Volkes und der Kultur. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Erzberger (Z.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage. Die von den Sozialdemokraten geforderte weitgehende Verkürzung der Dienstzeit sei ohne Übergangsbestimmungen nicht angängig. Dagegen bitten wir um die Vorlegung einer Denkschrift über die Kosten der Durchführung dieser Forderung.

Gans Edler Herr zu Kurlich: Meine Freunde stimmen der Vorlage zu, die nicht zu viel, sondern zu wenig fordert. Der Verkürzung der Dienstzeit werden wir uns widersetzen. (Beifall rechts.)

Abg. P. Serrmann (Nat.). Es ist erfreulich, daß wir von der liberalen Linken bis zur Rechten einig sind in den Fragen, die unsere Wehrkraft betreffen. Wir stimmen freudig der Verstärkung unseres Heeres zu, wodurch wir Bürgschaften für Erhaltung des Friedens schaffen.

Abg. Liesching (W.). Auch wir begrüßen die Verstärkung unserer Wehrkraft, wenn augenblicklich auch keine Kriegsgefahr vorliegt. Aber in Frankreich beschäftigt man sich mit den Kriegsgefahren, man spielt dort mit dem Feuer und deshalb müssen wir allen Eventualitäten gemachsen sein. Öffentlich werden wir aber nun auf einige Jahre mit neuen Militärforderungen verschont. (Widerspruch bei den Natl. und den Soz. Abg. Ledebour (Soz.): Bis zum nächsten Jahr!)

Abg. Dr. Hegenlocher (W.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Vorlagen, die freilich noch weiter gehen könnten.

Abg. Sanda (Pole): Das Vertrauen der Nationen gefährdet den Frieden und entzieht den Völkern die Mittel zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben. Wir Polen werden von der Regierung ohne Grund als Feinde des Staates betrachtet. Hundert Millionen verlangt man im preussischen Landtag, um unseren Landsleuten die Niederlassung unmöglich zu machen, und das geschieht unter Bruch der Verfassung des Reiches und des Landes.

Präsident Kaempf: Sie dürfen der Regierung nicht einen Bruch der Verfassung vorwerfen. (Zuruf b. d. Polen: aber es ist einer!)

Sanda fortsetzend: Zur Erhaltung des Friedens und zur Sicherung des Reiches ist die neue Wehrevorlage nicht nötig, wir lehnen sie daher ab. (Beifall bei den Soz.)

Herzog (Dritt. B.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage.

Kriegsminister von Heeringen: Die Herabsetzung der Dienstzeit würde die Schlagfertigkeit der Armeen vermin-

dern. Ein gewisses Maß von Drill im Heer ist unbedingt notwendig. Die einstimmige Zustimmung aller bürgerlichen Parteien beweist, daß die Heeresverwaltung auf dem richtigen Wege ist.

Hierauf wird ein von den bürgerlichen Parteien auf Schluß der Debatte gestellter Antrag angenommen.

Lebhour (S. D. zur Geschäftsordnung): Ich protestiere dagegen, daß man uns durch einen Schlußantrag die Möglichkeit nimmt, die Ausführungen des Kriegsministers zu kritisieren und zu widerlegen.

Händler (Z. zur Geschäftsordnung): Auch ich bebaure lebhaft, daß mir das Wort abgeschnitten worden ist. (Lebh. hört, hört! b. d. Soz.)

Erzberger (Z.) beantragt, über die Wehrevorlage en bloc abzustimmen.

Haase (Soz.) erhebt dagegen Widerspruch. Hierauf werden die einzelnen Teile unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Verkürzung der Dienstzeit angenommen. Dagegen wird die freisinnige Resolution betr. Verkürzung der Dienstzeit mit den Stimmen der Linken und des Zentrums angenommen.

Hierauf wird der Ergänzungsetat, der durch die Wehrevorlage bedingt ist, genehmigt und eine neue Sitzung auf Freitag 4 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Militäretat unter Ausschluss der Besprechung des Duells.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Als erster Redner in der Nachmittags-Sitzung nimmt zum Militäretat das Wort

Stücken (S. D.): Die Ausgaben für das Heer haben im Laufe der Jahre eine ganz gewaltige Steigerung erfahren, mit Bayern geben wir für die Armeen allein etwa 1000 Millionen im Jahre aus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es wird daher nötig sein, endlich mehr Spararbeit zu üben. In einer Reihe von Positionen lassen sich sehr gut Einsparungen machen. Vor allem aber muß die Gehaltsmäßigkeit kritisiert werden, die wir heute in der Armee haben.

Der Sitz dieser Schnüffelerei scheinen die Bezirkskommandos zu sein. Selbst die Offiziere des Beurlaubtenlandes nehmen diese in neuester Zeit unter strenger Aufsicht. Das Bezirkskommando in Posen hat einem polnischen Reserveoffizier die Frage vorgelegt, warum er keinem Kriegervereine angehöre. Was geht das des Bezirkskommando an? Der Offizier war so offen zu erklären, daß in den polnischen Landesteilen die Kriegervereine antipolnischen Zweckes dienen, deshalb könne er als Pole einem solchen Vereine nicht angehören. Gegen ihn wurde dann ein Sprenggerichtsverfahren eingeleitet, weil er die Frage bejahte, ob er einem polnischen Verein angehöre, und daß Urteil lautete auf schlichten Abschied. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Urteil ist nicht bestätigt worden, der Offizier nahm aber dann „freiwillig“ seinen Abschied. In Breslau hat das Bezirkskommando bei den Reserveoffizieren herumgefragt, weshalb sie an einem Festessen zu Kaisers Geburtstag nicht teilgenommen hätten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Was kümmert es die Heeresverwaltung, wenn ein Offizier viellecht an dem Abend gerade Darmverschlingung hatte. (Heiterk.) Viel krasser liegt der Fall beim Rechtsanwalt Dr. Bachmann in Düsseldorf, der mit schlichtem Abschied entlassen wurde, weil er eine fortschrittliche Versammlung geleitet und dabei aufgefördert hatte, in der Stichwahl dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Großes Aufsehen hat ja auch der Fall Czerny erregt. Nun, ein Mann wie Czerny steht so hoch, daß ihn der Kürassierstiefel nicht treffen kann. (Sehr wahr! links.) Wenn wir in einen Krieg verwickelt würden, würde die Sanitätsverwaltung im Heere sicher alles daran setzen, eine Autorität wie Czerny für die Behandlung der Verwundeten zu bekommen. In Österreich antwortete einmal der bekannte Professor Hufschauer auf eine Anfrage der Militärverwaltung: Hufschauer und seine Assistenten haben keine Vorgesetzten, sie tragen keine Uniform und nehmen keine Orden an. Trotzdem nahm die Militärverwaltung seine Dienste an. In Deutschland würde ein Mann, der der Militärverwaltung derart antwortet, ganz unmöglich sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Frage, ob Reserveoffiziere bei Stichwahlen sozialdemokratisch wählen können, hat in letzter Zeit eine große Rolle gespielt. Man sagt, ein Offizier dürfe nur für den Vertreter einer nationalen Partei stimmen. Aber der Begriff nationale Partei ist sehr wandelbar. Auch den Nationalliberalen ist schon das Charakteristikum als nationale Partei abgesprochen worden. Vielleicht kommt auch mal die Zeit, wo die Konservativen auch einmal in Ungnade fallen, dann wird es ihnen auch so gehen. Die Reserveoffiziere müßten schließlich immer vorher auf das Bezirkskommando gehen, um anzufragen, welche Partei gegenzeitig als national gilt. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn der Grundsatz immer gegolten hätte, hätte man auch Bismarck aus dem Offizierkorps austreiben müssen, als er durch sein Telegramm nach Frankfurt „Fürst wünscht Sabor“, direkt die Wahl eines Sozialdemokraten begünstigte. Aufrichtige Männer werden es sich verbitten, in der Weise wie unmündige Kinder bevormundet zu werden, sie werden auf die Ehre verzichten, den bunten Kord noch weiter zu tragen. Sogar eine Anzahl Reichstagsabgeordneter, die im Verdacht stehen, bei der Präsidentschaftswahl für Weber oder Scheidemann gestimmt zu haben, soll man gefragt haben, wie sie das mit ihrer Ehre als Reserveoffiziere vereinbaren können. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Militärbehörde hat nicht das geringste Recht, einen Abgeordneten für seine Abstimmung im Parlament zur Verantwortung zu ziehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) So schroff man gegen politisch freidenkende Offiziere vorgeht, so nachsichtig ist man gegen solche, die übermäßige Schneidigkeit an den Tag gelegt haben. Ich erinnere an die militärische Demonstration in der Luisenkirche, als der Pfarrer den Fall „Jatho“ behandelte. Der Geistliche hat sich alle Mühe gegeben, zu erheben, daß der betreffende Offizier wegen der groben Störung des Gottesdienstes zur Verantwortung gezogen wurde. Ein Arbeiter hätte für dieselbe Handlung zweifellos ein paar Monate Gefängnis bekommen, aber bei dem Offizier hat man gefunden, daß ihm das Bewußtsein fehlte, damit eine strafbare Handlung zu begehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist dies überhaupt ein Eingriff in die Freiheit der Soldaten, wenn sie zwangsweise in die Kirche geführt werden. Man könnte auch noch das Institut der Militärgeistlichen beseitigen, und die Seelsorge den Zivilegeistlichen überlassen. Mit der Bevorzugung des Adels ist es etwas besser geworden, doch sind einzelne Garnisonen noch immer zu exklusiv. In Danzig ist der Kronprinz Regimentskommandeur, doch führt ein anderer für ihn das Regiment, der auch noch bezahlt werden muß. Deshalb bürdet man dem Volk so unnütze Lasten auf? (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit dem System, einen Offizier zu verabschieden, wenn ein Hintermann ihn überholt, sollte gebrochen werden. Sparen könnten wir auch bei den 500 000 Mk. für die Adjutanten der Fürsten und Prinzen, 60 000 Mk. zahlen wir für einen Adjutanten, den wir dem Kaiser von Rußland stellen. (Hört, hört! bei den Soz.) Überflüssig groß sind auch die Verpflegungskosten. Die Intendantur sollte nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtet werden. Eine besondere Person scheint da zum Erfinden neuer Titel angestellt zu sein. Der neueste Titel lautet: „Obermilitärintendanturbaurekretär“. (Heiterkeit.) Ein sehr wunder Punkt bildet das Zulagewesen der Offiziere. Für

alles mögliche bekommen die Herren Zulage, so einer 160 Mark für seine Mitwirkung bei der Wäschereinstellung. (Heiterkeit.) Auf der Burg „Hohenzollern“ wird eine Kompanie gehalten, und für diesen angenehmen Aufenthalt bekommen die Offiziere eine Extrazulage. Wozu halten wir noch immer das reitende Feldjägerkorps. Sie sollen als Kurier für das „Auswärtige Amt“ Verwendung finden. Dann soll man sie in eine Kurierabteilung umwandeln und dem „Auswärtigen Amt“ unterstellen. Abgesehen davon, daß ein Kurier nicht z. B. nach Petersburg, (Heiterkeit.) übersäßig sind auch die Vurschen, die den Offizieren gestellt werden. Bei einem Hauptmann spielte für den Vurschen das Ziegenfüttern eine besondere Rolle. Wenn der Mann zur Reserve entlassen wird, kann er nicht schießen, sondern Ziegen füttern. (Heiterkeit.) Im übrigen werden diese Vurschen vielfach als Kinderermächden verwendet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vielleicht gibt uns der Kriegsminister auch Auskunft über die gemachten im Sommer, wo mit Menschenleben gespielt ist. Dringend der Reform bedürftig ist das Militärstrafgesetzbuch, das die Untergebenen mit einem ganz anderen Maßstab mißt, als die Vorgesetzten. Seine Strafen gegen Untergebene schlagen dem menschlichen Empfinden ins Gesicht, über den Fall in Ostrode, wo ein Soldat seinen Hauptmann und sich erschossen hat, ist bisher noch keine amtliche Auskunft gegeben worden. Der Soldat muß doch einen Verfaß gehabt haben. Ich halte jede Soldatenmishandlung für eine Feindschaft, weil sie die Mishandlung eines Wehrlosen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Der Resolution der Freisinnigen auf Veränderung des Militärstrafgesetzbuches stimmen wir zu, ebenso der Resolution, daß nur die Minderheit für die Besetzung der Stellen maßgebend sein soll. Die dritte Resolution verlangt, daß die Wehrfähigkeit der Jugend geboten wird, und will, daß die Heeresverwaltung dazu mit großen Verbänden in Verbindung tritt. Da möchte ich wünschen, daß die Heeresverwaltung nicht an den Wehrverein denkt, der ein Agitationsverein in des Wortes wahrster Bedeutung ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch Luftschiffe will man dem Kriegsminister jetzt geben. Er sollte den Städten, die hierbei so eifrig sind, doch den Rat geben, sich etwas zurückzuhalten. Unser Heeresystem bildet eine Gefahr für den Frieden. Der Militarismus ist eine Gefahr für das Volk, das haben wir bei dem Streik im Ruhrgebiet gesehen, und deswegen lehnen wir den Militärsetat ab. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Gothein (Wp.) bemängelt die hohen Reise- und Verpflegungskosten und wendet sich gegen den Zwang der Soldaten zum Kirchenbesuch; wie unsinnig das sei, ist deutlich im Falle Kraag hervorgehoben, wo die Soldaten sogar auf Kommando den Gottesdienst stören mußten; aber von einer Strafvorschrift hat man noch nichts gehört. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Die Maßregelung des Professors Czerny ist eine Blamage für ganz Deutschland, nicht aber für den Prof. Czerny. Mit der Zurücksetzung der Jugend sollte ebenfalls endlich gebrochen werden. (Bravo bei der Volksp.)

Kriegsminister v. Heeringen: Den vom Abg. ordneten Stücklen angeführten Fall in Posen kenne ich bisher nur aus der Zeitung. Der Mann hat freiwillig seinen Abschied genommen. (Lachen b. d. Soz.) In dem Breslauer Fall ist eine solche Kontrolle als unzulässig bezeichnet worden. Offiziere des Beurlaubtenlandes der Armee, die zu Kaiser und Reich hält, dürfen nicht für die Sozialdemokratie öffentlich agitieren, die der entgegengelegten Anschauung ist. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit. Kurze b. d. Soz.) Im Falle Czerny hat der Generalstabsarzt der Armee auf den Czerny'schen Artikel hin, der in weiten Kreisen Unruhe erregte, Geheimrat Czerny ersucht, ihn doch gelegentlich in Berlin aufzusuchen, um mit ihm über den Artikel zu sprechen. Darauf hat Geheimrat Czerny unter Berufung auf sein hohes Alter und darauf, daß er sich seit 1905 von der Leistung seiner Auknit zurückgezogen hat, seinen Abschied eingereicht. Er war ein Zeide des Sanitätsoffizierkorps, und es kann wohl niemand an der Gewährung des erbetenen Abschieds Anstoß nehmen. Zum Fall Kraag ist zu sagen, daß kirchenpolitische Vorträge die Mannschaften verwirren können. Die Offiziere, die dabei die Mannschaften hinausführen, sind gute Christenmenschen. (Gr. Heiterk. links.) Im Osteroder Fall hat der Soldat Reetz über den Drill geweint und auch gesagt, Paradermarck hilft nicht gegen Weinen! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie kommt der junge Mann zu dieser Auffassung? (Gr. Heiterkeit links.) Der Hauptmann war streng, aber auch streng gegen sich selbst. Der Fall ist unklar, auf das System wirft er seinen Schatten. (Sehr wahr! rechts.) Schließlich erklärt der Minister, daß unnütze Übungsreisen nicht stattfinden, die Bureaustunden voll ausgenutzt werden und nötigenfalls auch angestrengt gearbeitet werden muß. Zur Bewirtschaftung von Offiziersgärten werden Soldaten nicht kommandiert, das ist eine freiwillige Arbeit (Lachen links), sie muß entschädigt werden, sonst ist es ein Mißbrauch. Die Disziplin sind immerfort zurückgegangen, Gesundheitsbeschädigungen durch den Anmarsch kommen fast gar nicht vor, denn die Sorge für die Untergebenen ist die erste Pflicht eines guten Vorgesetzten. Einen vom Abg. Gothein vorgebrachten Fall der Nichtbeförderung eines jüdischen Offiziersaspiranten zum Reserveoffizier erläutert der Minister dahin, daß eine Parte des Betreffenden ein zweifelhaftes Gewerbe ausübt habe. Eine Zurücksetzung wegen des Judentums findet nicht statt, das ist ein typischer Fall dafür, wie wir zu Unrecht angegriffen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Brandys (Pole) tritt für höhere Löhnung der Soldaten und warmes Abendessen ein und beschwert sich, daß katholische Soldaten am Sonntag mit Puzen beschäftigt werden und keine Gelegenheit bekommen zum Kirchenbesuch. Er bittet um Umstellung von polnisch sprechenden Gefolglichen, damit die polnischen Soldaten in ihrer Muttersprache beteten können.

Kriegsminister v. Heeringen erklärt, er könne weder polnische noch dänische Soldaten oder wie sie sonst heißen mögen, sondern nur deutsche Soldaten. (Bravo rechts und bei den Natl.)

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) bestritt Frankreich das Recht, sich einen zivilisierten Staat zu nennen, so lange es die Fremdenlegion unterhalte.

Abg. Schuch-Gerstl (Soz.) Wenn der Sieg über sich selbst das Schönste ist, hat ihn sonst der so redselige Abg. Erzberger mit seiner so ungewohnt kurzen Rede erlangt. Hätten nicht wir und die Liberalen etwas zur Kritik hervorgebracht, so hätte das Haus sich vielleicht an der Rede des Kriegsministers genügen lassen. Der Glaube an die Bürgschaft von der erfolgten Einschränkung des Paradebrills fehlt mir. Gerade dieser Drill hebt die Lässigkeit des einzelnen auf, die auch der Kriegsminister als Erfordernis der Kriegsfertigkeit bezeichnet. Sie sprechen von der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Wenn aber die Arbeitervereine sich bemühen, die schlimmen Folgen des Wohnungselends und der gemetlichen Arbeit weitzunehmen, so werden sie von der Polizei in ständabster Weise verfolgt. Man sucht die Jugend gegen die Sozialdemokratie zu beeinflussen. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, daß die geistige und körperliche Ausbildung der Jugend in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unter Ausschluss jeder politischen Beeinflussung geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ungeheuerlich war die Behauptung

Abg. Brandys (Pole) tritt für höhere Löhnung der Soldaten und warmes Abendessen ein und beschwert sich, daß katholische Soldaten am Sonntag mit Puzen beschäftigt werden und keine Gelegenheit bekommen zum Kirchenbesuch. Er bittet um Umstellung von polnisch sprechenden Gefolglichen, damit die polnischen Soldaten in ihrer Muttersprache beteten können.

Kriegsminister v. Heeringen erklärt, er könne weder polnische noch dänische Soldaten oder wie sie sonst heißen mögen, sondern nur deutsche Soldaten. (Bravo rechts und bei den Natl.)

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) bestritt Frankreich das Recht, sich einen zivilisierten Staat zu nennen, so lange es die Fremdenlegion unterhalte.

Abg. Schuch-Gerstl (Soz.) Wenn der Sieg über sich selbst das Schönste ist, hat ihn sonst der so redselige Abg. Erzberger mit seiner so ungewohnt kurzen Rede erlangt. Hätten nicht wir und die Liberalen etwas zur Kritik hervorgebracht, so hätte das Haus sich vielleicht an der Rede des Kriegsministers genügen lassen. Der Glaube an die Bürgschaft von der erfolgten Einschränkung des Paradebrills fehlt mir. Gerade dieser Drill hebt die Lässigkeit des einzelnen auf, die auch der Kriegsminister als Erfordernis der Kriegsfertigkeit bezeichnet. Sie sprechen von der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Wenn aber die Arbeitervereine sich bemühen, die schlimmen Folgen des Wohnungselends und der gemetlichen Arbeit weitzunehmen, so werden sie von der Polizei in ständabster Weise verfolgt. Man sucht die Jugend gegen die Sozialdemokratie zu beeinflussen. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, daß die geistige und körperliche Ausbildung der Jugend in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unter Ausschluss jeder politischen Beeinflussung geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ungeheuerlich war die Behauptung

Abg. Brandys (Pole) tritt für höhere Löhnung der Soldaten und warmes Abendessen ein und beschwert sich, daß katholische Soldaten am Sonntag mit Puzen beschäftigt werden und keine Gelegenheit bekommen zum Kirchenbesuch. Er bittet um Umstellung von polnisch sprechenden Gefolglichen, damit die polnischen Soldaten in ihrer Muttersprache beteten können.

Kriegsminister v. Heeringen erklärt, er könne weder polnische noch dänische Soldaten oder wie sie sonst heißen mögen, sondern nur deutsche Soldaten. (Bravo rechts und bei den Natl.)

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) bestritt Frankreich das Recht, sich einen zivilisierten Staat zu nennen, so lange es die Fremdenlegion unterhalte.

Abg. Schuch-Gerstl (Soz.) Wenn der Sieg über sich selbst das Schönste ist, hat ihn sonst der so redselige Abg. Erzberger mit seiner so ungewohnt kurzen Rede erlangt. Hätten nicht wir und die Liberalen etwas zur Kritik hervorgebracht, so hätte das Haus sich vielleicht an der Rede des Kriegsministers genügen lassen. Der Glaube an die Bürgschaft von der erfolgten Einschränkung des Paradebrills fehlt mir. Gerade dieser Drill hebt die Lässigkeit des einzelnen auf, die auch der Kriegsminister als Erfordernis der Kriegsfertigkeit bezeichnet. Sie sprechen von der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Wenn aber die Arbeitervereine sich bemühen, die schlimmen Folgen des Wohnungselends und der gemetlichen Arbeit weitzunehmen, so werden sie von der Polizei in ständabster Weise verfolgt. Man sucht die Jugend gegen die Sozialdemokratie zu beeinflussen. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, daß die geistige und körperliche Ausbildung der Jugend in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unter Ausschluss jeder politischen Beeinflussung geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ungeheuerlich war die Behauptung

Abg. Brandys (Pole) tritt für höhere Löhnung der Soldaten und warmes Abendessen ein und beschwert sich, daß katholische Soldaten am Sonntag mit Puzen beschäftigt werden und keine Gelegenheit bekommen zum Kirchenbesuch. Er bittet um Umstellung von polnisch sprechenden Gefolglichen, damit die polnischen Soldaten in ihrer Muttersprache beteten können.

Kriegsminister v. Heeringen erklärt, er könne weder polnische noch dänische Soldaten oder wie sie sonst heißen mögen, sondern nur deutsche Soldaten. (Bravo rechts und bei den Natl.)

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) bestritt Frankreich das Recht, sich einen zivilisierten Staat zu nennen, so lange es die Fremdenlegion unterhalte.

Abg. Schuch-Gerstl (Soz.) Wenn der Sieg über sich selbst das Schönste ist, hat ihn sonst der so redselige Abg. Erzberger mit seiner so ungewohnt kurzen Rede erlangt. Hätten nicht wir und die Liberalen etwas zur Kritik hervorgebracht, so hätte das Haus sich vielleicht an der Rede des Kriegsministers genügen lassen. Der Glaube an die Bürgschaft von der erfolgten Einschränkung des Paradebrills fehlt mir. Gerade dieser Drill hebt die Lässigkeit des einzelnen auf, die auch der Kriegsminister als Erfordernis der Kriegsfertigkeit bezeichnet. Sie sprechen von der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Wenn aber die Arbeitervereine sich bemühen, die schlimmen Folgen des Wohnungselends und der gemetlichen Arbeit weitzunehmen, so werden sie von der Polizei in ständabster Weise verfolgt. Man sucht die Jugend gegen die Sozialdemokratie zu beeinflussen. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, daß die geistige und körperliche Ausbildung der Jugend in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unter Ausschluss jeder politischen Beeinflussung geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ungeheuerlich war die Behauptung

ung des Kriegsministers, daß die Kriegervereine keine Politik treiben. (Ebenso ungeheuerlich waren seine Ausführungen zum Fall Kraas.) (Sehr wahr! bei den Sozial.) Auch die Ausschließung der Sozialdemokraten von militärischen Führerstellen steht im Widerspruch mit meiner wiederholten Erklärung, daß im Ernstfalle alle ohne Unterschied herangezogen werden sollen. (Sehr gut! bei den Sozial.) Wir bewilligen diesem System keinen Mann und keinen Groschen und lehnen daher den Etat ab. (Lebh. Beifall b. d. Sozial.)

Das Haus verlagert sich auf Sonnabend 12 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

Die Polizeistation im Abgeordnetenhaus vor dem Reichstagsforum. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, die kraße Verletzung der zum Schutz der Abgeordneten in dem Strafgesetzbuch niedergelegten Strafvorschriften durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses und seine polizeilichen Beauftragten bei der Verhandlung des Reichskanzleretats zur Sprache zu bringen. Der Kriegsminister hat kürzlich Verletzung des Strafgesetzbuchs als Standespflicht der Offiziere bezeichnet. Galt der Reichskanzler Begehung von Verbrechen gegen sozialdemokratische Abgeordnete für Verpflichtungen des Präsidenten des Reichstagsparlamentes?

„Und ihres Vellens lauter Schall.“ Gift und Galle speit wieder einmal der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die ganze letzte Nummer seiner Korrespondenz (Nr. 29 vom 2. Mai 1912) ist angefüllt mit Artikeln gegen die Waifeler und gegen die freie Jugendbewegung. Ein Beweis, wie sehr gerade die so oft totgefagte Waifeler unseren Gegnern immer noch als Alp auf der Brust liegt und wie groß auf der anderen Seite trotz aller staatlichen „Jugendpflege“ ihre Angst vor den Bildungsbestrebungen des proletarischen Nachwuchses ist! Sachlich auf das reichsverbändlerische Gerede einzugehen, lohnt sich nicht — handelt es sich doch nur um Aufwärmung alten, seit Jahren schon abgestandenen Rohls, der durch die immer erneute Erwiderung natürlich nicht schmächer wird. Wir erwähnen die Sache auch nur, um unsere Leser darauf aufmerksam zu machen, daß die meisten der Schimpfsartikel über die Waifeler und über die freie Jugendbewegung, die in diesen Tagen die Spalten der bürgerlichen Presse füllen, aus reichsverbändlerischer Quelle stammen; man weiß also von vornherein, was daran ist. Im übrigen halten wir es dem Reichsverbande gegenüber mit dem alten Wechte:

„Mag nur der Spitz aus unserem Stall
Uns immerfort belästigen!
Denn seines Vellens lauter Schall
Beweist nur, daß wir retten!“

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits 50 Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Ferner sind in einer Reihe von Steinbruchsdistrikten alle Vorbereitungen getroffen, um zu Tarifabschlüssen zu kommen. Zu einem umfangreichen Tarifabschluß kam es soeben in Obercaitina (Lansitz) mit dem Granitwerk Dr. phil. Bachmann. Gegen hundert Steinarbeiter sind daran beteiligt. Es hat lange gedauert, bis nun endlich bei dieser Firma das wilde Alfordisystem beseitigt werden konnte. In Neuenhof (Schweiz) konnte für 450 Steinbrecher eine ansehnliche Lohnzulage erreicht werden. Die Verhandlungen drohten zu scheitern, weil unter den Unternehmern einige Hellschornre waren, die absolut nichts bewilligen wollten. — Für die Sandsteinmengen in Dremke konnte eine Stundenlohnsteigerung von 52 auf 55 Pfg. durchgesetzt werden. — Etwa 150 Pflastersteinarbeiter in Meissen erzielten erstmalig einen Tarifabschluß. Die Stundenlöhne wurden erhöht und in schlechten Verhältnissen werden besondere Zuschläge gewährt. Die Grabsteinmengen in Wöfen konnten ihre Lohnbewegung mit Erfolg beenden. Die Stundenlöhne wurden um 3 Pfg. erhöht. — Im Granitwerk Neupert in Rötze bei Nürnberg kam zum erstenmal ein Tarifvertrag zum Abschluß. Die Unternehmer hatten bis vor kurzem alles versucht, um den Steinarbeiterverband aus seinem Werke „hinanzugraulen“. In Grimma, Könnig, Cölmnar, Pohnstädt und Wurzen stehen 719 Pflastersteinmehrer und 96 Steinräuberinnen bereits die dritte Woche im Streik. Bisher kamen etwa 1000 Eisenbahnladungen Steine weniger zum Versand. Die Firmen Busse, Bachmann, Weishorn und die Königiner Porphywerke lehnten einen eingeleiteten Vermittlungsversuch durch die Arbeiter kurz ab. Dabei liefern diese Firmen nur an staatliche und kommunale Baubehörden. Die Firmen bieten alles auf, um Arbeitswillige anzuwerben. In Dresden haben im Granitwerk Keil u. Co. wegen zugewandter Lohnreduktion 86 Steinmehrer und Schleifer die Arbeit eingestellt. Im Streik stehen weiter die Grabsteinarbeiter in Stuttgart. Dort schweben auch Differenzen mit den Unternehmern der Sandsteinbranche.

Lohnbewegungen und Streiks im Gärtnergewerbe. Die in diesem Frühjahr äußerst zahlreich geführten Lohnbewegungen konnten fast ausnahmslos mit Erfolg beendet werden. In Köln und Duisburg wurden ohne Streik günstige Tarifverträge abgeschlossen. In Remscheid wurde die Bewegung glatt ohne Streik durch Tarifabschlüsse mit den einzelnen Firmen erledigt. — In Solingen wurden die im Vorjahre durch einen vierwöchigen Kampf abgeschlossenen Firmentarife um ein Jahr verlängert. Es gelang außerdem, die noch außerhalb des Tarifvertrages stehenden Firmen zur Anerkennung des Tarifs zu bewegen. — In Wachen-Elberfeld kam es nur in einigen Firmen zum Streik. Mit der Mehrzahl der Unternehmer gelang eine Verständigung ohne Streik. — In Flensburg und Königsberg i. Pr. wurden die ersten Lohnbewegungen mit gutem Erfolg geführt. In Königsberg mußten einige Firmen bestrickt werden. — In Wiesbaden genügte die Einreichung der Forderung, um in fast allen Firmen eine Lohnsteigerung zu erreichen. Ein erster Kampf war mit der ungenügenden Organisation nicht zu führen. — Zu ernstesten und für die Gärtner langen Kämpfen kam es dagegen in anderen Orten. In Hannover dauerte der Streik vier Wochen und mußte dann wegen zu starken Zugangs abgebrochen werden. Die geforderten Löhne sind von den Unternehmern eingeführt, sie wurden nach Beendigung des Streiks als berechtigt anerkannt. — In Welbert in Rheinland wurde der Kampf erfolglos nach vier Wochen abgebrochen. Es gelang den Kleinbetrieben, Arbeitswillige heranzuziehen. — In Frankfurt a. M. wurde nach 5 Jahren der erste Kampf wieder gewagt. Hier ist der Sitz der Unternehmerorganisation mit ihren Hauptarbeitern. In der Landschaftsgärtnerei war der Kampf nach 14 Tagen zugunsten der Streikenden entschieden. Die Unternehmerorganisation mußte die bestreikten Firmen von ihren Belegschaften dispensieren. Einige Kleinbetriebe erkannten die Forderungen nicht an und wurden gesperrt. In der Handels-gärtnerei wurde betriebsweise mit gutem Erfolg vorgegangen. — In Nannheim wurde der Kampf in der

Landschaftsgärtnerei nach einem fünfwöchigen Streit mit Erfolg beendet. In Leipzig streikten die Landschaftsgärtner drei Wochen um eine Lohnsteigerung von 2 Pfg. mit vollem Erfolg. Im Vorjahre war der Lohn durch Tarifabschlüsse von 45 auf 48 Pfg. erhöht. — In Berlin streikten die Landschaftsgärtner ihre alte Forderung von 55 auf 60 Pfg. die Stunde. In einigen Firmen mußte deswegen gestreikt werden, doch waren die Differenzen nach 8 Tagen erledigt. Die Unternehmer hatten einen Tarifvertrag mit 59 resp. 55 Pfg. angeboten. — In Rostock wurde zum ersten Male eine Lohnbewegung geführt. Nach dreiwöchentlichem Streik war die Lohnbewegung mit gutem Erfolg für die Streikenden beigelegt. Bemerkenswert ist die Einführung der 10/5stündigen Arbeitszeit in der Parkbaugärtnerei, die die bestorganisierten Großstädte noch nicht allgemein durchgeführt haben. — Noch nicht erledigt ist der Streik in Lübeck, der jetzt in die fünfte Woche dauert. — In Weilingen bei Stuttgart legten in der Neckengärtnerei Mitte 22 Mann die Arbeit nieder, weil die im März gemachten Zugeständnisse nicht innegehalten wurden. Der Streik dauert noch an. — In St. Magnus bei Bremen wurde in den Privatgärtnereien und Landgärtnereien der Bremer Millionäre und Großkaufleute eine erfolgreiche Bewegung geführt. Dort wurden Löhne von 15—22 Mk. pro Woche für vollwertige Arbeitskräfte bezahlt. Die Löhne wurden um 1—2 Mk. pro Woche erhöht, teilweise wurde auch die Arbeitszeit verfürzt. Auf einigen Landgütern mußte die Arbeit eingestellt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Härte des Rückfallsparagrafen. Wie notwendig es ist, die Strafbestimmungen über den Rückfallsdiebstahl einer Revision zu unterziehen, beweisen aufs neue zwei dem Rechtsempfinden des Volkes widersprechende Urteile, die kürzlich in Blauen und Thorn gefällt wurden. Der 58 Jahre alte Handarbeiter Wickl aus Waldkirchen hatte auf dem Jüngferbahnsteig von einer auf dem Ladegleis stehenden dort Steinfabrik im Werte von 50 Pfg. entwendet. Obwohl das Landgericht in Blauen Milde walten ließ, muß der Mann drei Monate ins Gefängnis, weil bei ihm Rückfall in Frage kam. — Viel krasser noch ist der Berliner Fall. Die Witwe Anna Popetel aus Schönwald wurde im Dezember vorigen Jahres, weil sie kein Brennholz hatte, einen Pfahl, der auf der Landstraße ein Wäurchen stützte, zu entwenden. Dabei wurde sie vom Förster überrascht, der Anzeige erstattete. Die Strafkammer in Thorn mußte, da die Frau bereits bestraft war, auf drei Monate Gefängnis als Mindeststrafe erkennen, obgleich der Wert des Objektes nur 10 Pfg. betrug. Erst wenn die Strafgesetznovelle in dritter Lesung verabschiedet ist, wird es möglich sein, in solchen Fällen erheblich milder zu strafen.

Aus Nah und Fern.

Der überpinselte Zieten. Nach langem Kampfe war es der Arbeiterschaft von Alt-Dreißig, im Kreise Königsberg-Neumark, im genannten Orte gelungen, das Lokal des Gastwirts Pübner zu öffentlichen Volksversammlungen zu erhalten. Die erste Versammlung fand am Sonntag, dem 28. April statt. Am 30. April wurde dem Gastwirt vom Herrn Amtsvorsteher Wolfram gegen Empfangsbekundung folgendes Schreiben zugestellt: „Zwangsanordnungsverfügung. Nachdem Sie Ihre Lokalitäten den hiesigen Sozialdemokraten unbeschränkt preisgegeben haben, fordere ich Sie hierdurch auf, spätestens bis zum 4. Mai dieses Jahres die über die Verfügung über Ihrem Gasthause „Zum alten Zieten“ entfernen zu lassen, widrigenfalls diese über die Kosten von Amts wegen entfernt werden wird.“ — Am 6. Mai erschien ein Herr Wachtmeister in Begleitung eines Malermeisters von Alt-Dreißig beim Gastwirt Pübner und meldete diesem, daß er im Auftrage des Amtsvorstehers das Schild über seinem Gasthause zu ändern habe. Dem konnte der Gastwirt nicht entgegenkommen; er mußte es ruhig mit ansehen, wie sein Schild mit weißer Farbe vom Malermeister überpinselt wurde. Ein Glück für den Gastwirt, daß es sich nur um den Namen „Zum alten Zieten“ handelte. Hätte sein Gasthaus den Namen „Kaiser Wilhelm“ oder „Deutscher Kronprinz“ geführt, so wäre es vielleicht von „Amts wegen“ gänzlich abgebrochen worden. Die Angelegenheit ist sofort einem Rechtsanwalt übergeben worden. Vielleicht ist es möglich, da solches Vorgehen gegen Gastwirts im Kreise Königsberg nicht zur Seltenheit gehört, bei dieser Gelegenheit herauszubekommen, ob sich die Amtsvorsteher selbst zu solchen Maßnahmen berechtigt halten, oder ob noch „höhere Stellen“ dahinterstecken.

Liebebräutig in Leipzig. Auf dem sogenannten „Scherbenberg“ im Rosenthal bei Leipzig wurden gestern die Leichen eines jungen Mannes und eines jungen Mädchens gefunden. Es handelt sich um den 20 Jahre alten Handlungsgehilfen Nowak und die 18jährige Verkäuferin Else Leichert, die ein Liebesverhältnis unterhielten. Die Eltern des Mädchens waren gegen diese Beziehungen, weil sich der junge Mann wegen eines Nervenleidens schon in einer Heilanstalt befunden hatte. In der Verfertigung der Eltern dürfte der Grund zu dem Doppelselbstmord zu suchen sein.

Der Fabrikant mit dem Browning. In Aachen hat der Mitinhaber einer Viehhöhle einen holländischen Arbeiter, der völlig ruhig seines Weges ging, niedergeschlagen. Die „Köln. Volkszeitung“, von der man füglich nicht wird behaupten wollen, daß sie den Arbeitgebern besonders böse gewinnt, berichtet über diesen neuesten, standalösen Akt von Unternehmerrückständigkeit: Anlässlich des Viehbausandes war es vor der Viehhöhle Wonderhecken in der Jülicherstraße in Aachen schon am Sonntagabend zwischen den Ausständigen und Arbeitenden zu Zusammenstößen gekommen. Als nun am Montagabend gegen 1/2 Uhr an der Wohnung des Fabrikanten von einem betrunkenen Arbeiter Schellen eingeschlagen wurden, erschienen einige Minuten nachher ein Mitinhaber der Firma, der 26 jährige Karl Wonderhecken, mit einer Browningpistole in der Haustür und feuerte ohne weiteres auf einen auf der anderen Straßenseite gehenden, völlig unbeteiligten Mann einen Schuß ab, der diesen in den Unterleib traf und alsbald seinen Tod infolge innerer Verblutung herbeiführte. Der Erschossene ist ein 32 Jahre alter holländischer Arbeiter. Der Täter wurde verhaftet. Obige Darstellung entnehmen wir der „Köln. Volkszeitg.“ Inzwischen bringt unser Kölner Parteiblatt ausführliche Mitteilungen, nach denen sich die Affäre noch viel standalöser abspielte. Die Meldung in der „Köln. Volkszeitung“ nimmt nämlich zugunsten des Fabrikanten an, es habe vor seinem Hause ein Tumult stattgefunden und mehrere Fensterscheiben seien von streikenden Arbeitern zertrümmert worden. Daraufhin erst habe von der Hecken zur Pistole gegriffen. Diese Darstellung ist unrichtig. Erst nachdem der tödliche Schuß erfolgt war, sind aus der schnell zusammenströmenden Menge einige Steine gegen die Fenster geschleudert worden. Ebenso unrichtig ist es, wenn jetzt von eifrigen Freunden des Schließhelden er-

klärt wird, daß früher wiederholt am Hause von der Hecken Fensterscheiben eingeworfen worden seien. Der Verdächtige, ein Mann der „Rheinischen Zeitung“ hat die Fenster an dem Hause beschlagnahmt und festgestellt, daß keine neuen Scheiben eingesetzt worden sind. Der Akt an den Scheiben ist alt und trocken. Mit dieser Entscheidung der Tat ist also auch nichts zu machen. Es bleibt als Tatsache bestehen, daß von der Hecken völlig grundlos ein Menschenleben vernichtet hat. Die Tat ist eben nichts weiter als ein Ausfluß jenes Unternehmerrückstandes, der da glaubt, mit Arbeiterleben spielen zu dürfen. Wenn man bedenkt, was für Rücksichtslosigkeiten unsere beamteten Hüter der Ordnung erst vor wenigen Wochen im Ruhrgebiet sich gegen kämpfende Arbeiter strafe los herausnehmen durften, wenn man ferner in Betracht zieht, wie das Streikbrechergesindel haufen darf, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß auch das Unternehmertum im Kampfe gegen Arbeiter zur Wüste greift. Und ebenfowenig muß es verwundern, wenn jetzt Ordnungsblätter verlesen, Entschuldigungsgründe für die frivole Tat zu finden. v. d. Hecken ist eben Fleisch vom Fleische des Unternehmertums, das jetzt mit allen Mitteln der brutalsten Gewalt bestrebt ist, die vorwärts drängende Arbeiterklasse niederzurücken. Da wird ein Willkürhieb nicht als ein besonderes Verbrechen angesehen. Anders wäre es freilich, wenn Arbeiter sich im Kampfe gegen Unternehmer derartiger Brutalitäten bedienen würden. Dann würde die ganze Schamacherpresse vor Entrüstung überfließen. Die Justiz würde die „Verbrecher“ auf mehrere Jahre hin er schwedische Gardinen stecken. Aber wenn ein Unternehmer erschlagt, so ist es natürlich berechnete oder ein- gebildete Mordwehr.

Weitere Polizeitaten in Essen. Nicht nur gegen Arbeiterjugend, Partei und Gewerkschaften richtet sich das wiederholt gekennzeichnete Treiben der Essener politischen Polizei, sondern auch gegen die Genossenschaften und die Sportvereine. Im Frühjahr vorigen Jahres wurde von der Essener Strafkammer ein jugendlicher Angehöriger des Konsumvereins Eintracht, der sich in der freien Jugendbewegung betätigte, zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt und zwar wegen Beleidigung des Polizeikommissars Lechnitz. Dieser nahm sich den jungen Menschen aufs Korn und wußte ihn durch Geldspenden, Gratiskapereieren usw. dahin zu bringen, daß er sich mit dem Kommissar auf Duzbruderschaft einließ! Daß es dem Polizeibeamten daran lag, den jungen Menschen auszuholen, geht daraus hervor, daß er diesen wiederholt völlig betrunken machte. Dinge, die der Verführte so ausplauderte, standen mit Gehässigkeiten und Verzerungen außerordentlich, später im Organ der gelben Streikbrechervereine Rheinland-Weisfakens, dem „Werkverein.“ Dem jungen Menschen, der wie bemerkt, wegen Beleidigung desselben Herrn Lechnitz zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, wurde von dem Leiter der politischen Polizei — Professor Pansch, der die Listen des Streikerverbandes an den Bekehrverband austeilte! — ein Führungszugnis zur einjährig-freiwilligen Prüfung ausgestellt, in dem es hieß, daß gegen ihn nichts Ungünstiges vorliegt. Zur Ausstellung solcher Zeugnisse ist die politische Polizei übrigens nicht befugt; dies hat eine ganz andere Polizeibehörde, die einem Polizeirat unterstellt ist, zu vollziehen! Der Verführte ging, als diese Angelegenheit bekannt wurde, nach England. Um für ihn Ersatz zu schaffen, verurteilte der Herr Lechnitz bei anderen jungen Leuten anzufragen, die er ebenfalls schon den Gerichten überliefert hatte, flüchte aber ab. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als die Überwachung des Arbeiter-Turnvereins, die nun in das Programm aufgenommen wurde, durch polizeiliche Kräfte ausführen zu lassen. Seit dem Herbst vorigen Jahres suchte ein unbekannter Mann auf jede mögliche Weise in das Vertrauen des Vorsitzenden des Arbeiterturnvereins zu dringen. Er nannte sich „Turngenosse“, interessierte sich für die Schriften des Arbeiterturnerbundes und sahndete mit auffallendem Eifer nach einem Protokoll des Arbeiterturntages in Hannover 1911. Als er dieses in Essen nicht erlangen konnte, wandte er sich an den Bundesvorstand in Leipzig, bei dem er sich ebenfalls mit „Frei Heil“ als Turngenosse bezeichnete, wurde von diesem aber an den Verein in Essen verwiesen. Hier hatte man in ihm bereits einen Anfrager der politischen Polizei erkannt, namens Gerlich und stellte ihn nunmehr öffentlich bloß. Natürlich hatte der gute Mann als „Turngenosse“ lediglich das Material erlangen wollen, womit ein früher bereits gescheiterter Versuch, den Turnverein für politisch erklären zu lassen, mit besserem Erfolge wiederholt werden sollte. Die Erregung unter den Essener Arbeitern gegen dieses Treiben der Polizei ist groß, zumal mit den gefährlichsten Fällen die Liste der Polizeitaten längst nicht erschöpft ist.

Explosion eines Dampfers. Der norwegische Dampfer „Snorre“, der sich mit einer Ladung Düngemittel auf der Reise von Christiania nach Stettin befand, wurde gestern nachmittag außerhalb des Hafensortes Wädle durch eine gewaltige Explosion zerflört. Eine hohe Feuerssäule schob empor, worauf der Dampfer in zwei Teile auseinanderbrach und sank. Mehrere Leute der Besatzung wurden emporgeschleudert und stürzten ins Meer. Von der aus 18 Mann bestehenden Besatzung kamen 8, darunter der Kapitän, ums Leben. Die Explosion entstand dadurch, daß der Steuermann Ratten unter Deck verfolgte, dabei ein Zündholz anbrannte und die durch die Düngerladung sich entwickelnden Gase zur Explosion brachten. Das Schiff flog in die Luft, nach einigen Minuten waren nur noch einige Planken sichtbar. Die Überlebenden hatten Holzstücke ergriffen und waren damit 20 Minuten umhergetrieben, bis sie ein dänischer Dampfer aufspürte.

Die englische Untersuchung der „Titanic“ Katastrophe. Die Untersuchung über die Ursachen der „Titanic“-Katastrophe ergab gestern, daß die wasserdichten Abteilungen, nachdem sie bereits geschlossen worden waren, auf Befehl des Ceptingenieurs wieder geöffnet wurden. Maschinist Dillon erklärte, einen dahingehenden Befehl erhalten und ausgeführt zu haben. Die Abteilungen seien dann nicht wieder geschlossen worden, wodurch sich das unerwartet rasche Sinken der „Titanic“ erklärt. Ein Helfer habe sich in einem kleinen Boot gerettet, das 40 Personen fahrte, aber nur 12 Personen enthielt. Das Boot war nur 120 Meter von der Untergangsstelle der „Titanic“ entfernt. Es sei nicht der geringste Versuch gemacht worden, den Ertrinkenden zu helfen, und zwar, wie Dillon aussagte, auf Verlangen von Lord und Lady Duff, die sich in dem Boot befanden und für ihr eigenes Leben fürchteten. Der Lord habe jedem der Seeleute 100 Mk. gegeben.

Revoluerkampf zwischen Schulzeuten und Dieben. Aus Wien wird berichtet: Zwischen Schulzeuten und drei in eine Weinstube in der Laborstraße eingedrungenen Dieben kam es zu einem andert halbfüßigen Revolverkampf. Es wurden schließlich zwei Einbrecher festgenommen, während der dritte sich selbst erschößte. Die Schulzeute blieben unverletzt.

Kleine Chronik. Aus seiner Wohnung in der Berliner Claudiusstraße stürzte sich der Regierungsbaumeister Eisner in einem Anfall von Schwerkram auf die Straße; er mußte sich vererkei nachdem Krankenhaus gebracht

werden. - Donnerstag ist in Berlin die 52jährige Arbeiterin Bogemann aus der Bernauerstraße tot in ihrer Wohnung aufgefunden worden. Die ärztliche Feststellung hat ergeben, daß sie mindestens bereits vor sechs Tagen gestorben ist. Niemand hatte es geahnt. Erst durch den starken Leichengeruch, der aus dem Zimmer drang, ist man aufmerksam geworden. - Seit Mittwoch wurde in einer 8köpfigen Arbeiterfamilie der vierjährige Sohn vermißt. Mittags wollte die Tochter ein Kleid aus dem Kleiderschrank holen und fand dort den Knaben erhängt vor. Der Kofel des Vaters bedeckte die Leiche. Als Mörder des Kindes kommt der Vater, ein vierzigjähriger, seit einigen

Wochen beschäftigungsloser Arbeiter in Betracht, der seit gestern mittag verschwunden ist. - Aus Warschau wird gemeldet: In den hiesigen Stationsvorstand ist aus Kiew ein Koffer angelangt, in dem man drei zerstückelte Leichen fand, die wahrscheinlich von einem ermordeten Ehepaar und einem 4 bis 5 Jahre alten Kinde herrühren. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	114-116
do. II. do.	112-118
Galische und ähnliche	115
Finnländische Melereibutter	110
Amerikanische und fremde, verzollt	115
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	110
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	115

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schörrg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Feinste Bouillon aus MAGGI'S Bouillon-Würfel

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

Allein echt mit dem Namen MAGGI und dem Kreuzstern



zur Bereitung von Gemüsen, Saucen usw. stellt man vorteilhaft her „MAGGI's gute, sparsame Küche“

Statt besonderer Anzeige.
Am Freitag morgen entlichelt fauft nach langem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Dorothea Spahrman Ww., geb. Sager,
im 69. Lebensjahre. (805)
Es betrauert von den Ihrigen: Im Namen der Hinterbliebenen:
Johs. Mohr und Frau,
geb. Spahrman,
Lübeck, den 11. Mai 1912.
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 14. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Kapelle (Burgtor) statt.
Zum I. Juli ein großes Parterrezimmer n. v. a. alt. Herrn o. Frau zu verm. Moisil. Allee 50 b, I. (212)
Möbl. Zimmer zu vermieten. (202) Dänkenhagen 3, II.

Ein Logis zu vermieten. (208)
Untertrave 86, II. bei der Beckergr.
Zu verm. I. Etage Hinterhaus
Kottwikstraße 40,
3 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (312)
Näheres daselbst Hinterhaus.
6 Stück Familien-Sänger a 3 Zim. inkl. Stall u. Gart., 10 Min. v. d. Endst. der el. Bahn, bei ger. Anz. zu verk. **C. & H. Dechau,**
Moisl. Allee 141. (219)

**Fakenburg. Haus mit 4x3-Zimmer-Wohnungen u. Stall für 11.000 Mk., Anzahl. 1.600 Mk., ganz. Geb. 5 Jahre fest zu 4 1/2 % Verz. Sicherung 14.400 Mk.
Haus vor dem Burgtor mit 8x2-Zimmer-Wohnung, abgeteilt, Klotset, Küche, u. sonst. Zubehör f. 2. Hypothekensposten zu übernehmen.
Haus mit Garten in Kurau mit drei Wohnungen für 8000 Mk. zu verkaufen. (310)
Näheres Geberdesstraße 14, part.**

Ein Kinderwagen
zu verkaufen. (282) Tremskamp 8.
Sitz- und Liegewagen
mit Gummireifen billig zu verkauf. (281) Blandstraße 7, II.
Ein gutes Fahrrad
zu verkaufen. Preis 18 Mk. (280) Friedenstraße 15, part.
Fast neues weißes Kleid, pass. f. das Alter v. 11-13 Jahren, billig zu verk. (293) Ludwigsstr. 30, I.
Eine Schneider-Nähmaschine ist bill. zu verk. (290) Kl. Nienau 22.
Habe noch Krupp-Werkzeuge zu verk. Bf. 60 Pfg. (285) Sedanstr. 1a.
Eine Gartenlaube
fast neu, mit Papdach und Tür, Größe 250x200, zu verkaufen. (297) Tremskamp 14.

Damen-Fahrrad
billig zu verkaufen. (298) Vorkstraße 7, II.
Gebrauch, Anzüge, Kleider, Hüte, Blusen, Betten, Schuhzeug und Kinderkleider billig zu verkaufen. (301) Schildstraße 5.
Ein flott
Pony-Fuhrwerk
passend f. Händler, zu verkaufen. (291) H. Fick, Silberbrook 10.6.
Zwei Zugänger
zu verkaufen. (294) Gismischt. 24.
Ein guter Hühnerhund billig zu verk. (289) Danwartstraße 15, nt.

Sandalen
neu eingetroffen in allen Größen von 21-46, spottbillig im Verhältnis zur Güte. (311)
Heinr. Beckmann
Nabauwäcker, Reiterstraße 3.
Spargel 45, 55 und 65 1/3
Beckergrube 92, Ecke Untertrave und Geisenaustraße 4, (239)

Merztlicher Sonntagsdienst
am 12. Mai, von 1 Uhr ab. (277)
Dr. med. Heddinga, Geibelplatz 1
Dr. med. v. Thaden, Breitestraße 29.
Dr. med. G. Hofstaetter, Moisil. Allee 2

Fahren Reinecke, Hannover.
Vereinsbedarfsartikel. 270
Prachtvolle Salon-garnitur Mk. 165, Salonchrank 75, Tisch 18, eleg. Blüschgarnitur 85, Vertikal reich geschmückt 55, gr. Trumeau 85, reich geschm. Bortgarnit. mit Herrentessel 150, Schlafzimmer ff. u. Küche, Diwan, Stühle, verschiedenes. (168)
Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.

Achtung!
Schwerleute
Versammlung
am Montag, dem 13. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
(308) Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, (102) 65 Pfg.

Gasthof am Kreuzweg
Seeretz.
Salte Ausflügern und Vereinen meine Lokalitäten bestens empfohlen. (111)
Emil Corats.
NB. Daselbst Angelkarten a 3 Mk. für das Seercher Moor zu haben.

Konzerthaus Friedrichshof
Jeden Sonntag: (304)
Tanzkränzchen.
Friedr. Franz Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.
(316) Endstation Krankenhaus.

Weisser Engel
Rageburger Allee 29.
Jeden Sonntag: (307)
Tanzkränzchen.

Hotel Kronprinz, Schwartau.
Sonntag: Gr. Tanzmuff.
(272) Johs. Piquardt.

Groß. Ringreiten
Sonntag, den 12. Mai
wozu einladet (288)
E. Dettmann, Gr. Farin.

Zum Ringreiten
am Himmelfahrtstage
ladet freundlichst ein (295)
Wilh. Meyer, Krempelesdorf.

Gewerkschaftshaus.
Der angesagte Kabarettabend mit nachfolgendem Ball findet nicht, wie irrtümlich auf den ausgegebenen Karten angegeben, am Sonntag, dem 12. d. Mts., sondern (309)
am Sonntag, dem 19. Mai er.
Der Vorstand des K.-C. „Chrysanthemum“.

Große Kaninchen-Ausstellung
am 18. und 19. Mai
im Garten des Konzerthaus Lübeck.
Größtet: Sonnabend, 18. Mai, 4-9 Uhr
nachm., Sonntag, 19. Mai, von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.
Eintritt: Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.
Der Kaninchenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend. (278)

Wohin fahren wir?
Jeden Sonntag mit Doppelschraubendampfer „Freya“
nach Travemünde.
Ab Sophienstraße 8.40 morgens und 2 Uhr nachmittags.
Ab Travemünde 10.80 morgens und 7 Uhr nachmittags.
Fahrpreis 50 Pfg., hin und zurück zusammen 80 Pfg. Kinder die Hälfte.
Fahrten in See. P. Iwan Wetterich.

Konzerthaus „Flora“.
Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr. Gustav Wirthel.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Eintritt frei. (271) Gustav Gipp.

Einsegerl
95) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
99) **Ballmusik.**

Adlershorst. (107)
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
Neu-Lauerhof.
110) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Hansa-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Muff: Neue Hauskapelle.
(314) J. Rieck.

Kalnbergs
Universum
Varieté Kabarett
Sonntag 7 1/2 Uhr: (317)
Musikalisch
deklamatorische
Abend-Unterhaltung.
Auf allen Plätzen 20 Pfg.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
(103) H. Pagel.

Wateniß-Belleune
Seite Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
(315) H. Fürbäter.
Gesangverein „Einigkeit“
Schönböcken.
Einladung zum
BALL
verbund. mit Aufführungen
und Gesangsvorträgen
am Sonntag, dem 12. Mai 1912
im Lokale W. Behnke
„Steinraderbaum“ Schönböcken
Anfang 7 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Einzeln Dame 20 Pfg.
94) Der Vorstand.

Dilettanten-Klub „Freiheit“.
Großer theatralischer Abend
am Mittwoch, dem 15. Mai
im Konzerthaus „Flora“.
Zur Aufführung gelangt:
Im Hinterhause.
Großes Drama in 4 Aufzügen.
Kassenöffn. 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pfg., Kinder 15 Pfg.
Programm frei. (274)

Kaffeehaus Moisling.
Montag, am Marktag: (248)
Große Tanzmusik.
Arbeiter-Kadfabrikerverein
Herrnburg.

Einladung zum BALL
verbunden mit Preisstößen
und Würfelstech
am Sonntag, 12. Mai
im Lokale des Herrn Schlexer,
Bahnhof-Restaurant, Herrnburg.
Herrnkarte im Vorverkauf 80 Pfg.,
a. d. Kasse 1 Mk., einz. Dame 80 Pfg.
Hierzu laden freundlichst ein
das Komitee u. Gastwirt Schlexer.
NB. Alle unliegenden Bundes-
vereine sind hierzu freundlichst ein-
geladen. Mitgliedsbücher legiti-
mieren. (201)

Konzerthaus
Zauberflöte.
Neue Kapelle!
Damen-Orchester
„Senta“ (5 Damen)
(2 Herren)
Heute: Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei!
(800) Ludwig Kock.

Tel 610, Dir. Reinh. Goltbach, Tel. 610
Sonntag ringen:
A. Sturm gegen van Andree
(Weltmeister) (Champ. v. Holland)
Entscheidungskampf:
Reglin gegen Petitjean
(Lübeck) (Hannover)
Vor den Ringkämpfern:
Boxkampf-Demonstration.
Gambier gegen M. Schwarz
Es werden 5 Runden gebort.
Gewertet wird nach Punkten.
Montag ringen:
Gambier gegen M. Schwarz
(Frankreich) (Berlin)
H. Reglin gegen A. Sturm
(Lübeck) (Weltmeister)
Entscheidungskampf:
van Andree gegen Mamutow
(Holland) (Rußland)
Vorher das Variete-Programm.
Anfang 8 1/2 Uhr. (304)

Neues Stadttheater.
Sonntag, 12. Mai. Abends 7 1/2 Uhr.
198. Vorst. im Voll-Ab. Große Preise.
Carmen.
Große Oper von G. Bizet.
Montag, 13. Mai. Abds. 7 1/2 Uhr.
199. Vorst. i. Voll-Ab. 82. Vorst. i. Mt.-Ab.
Letzter Festspielabend.
Judith.
Schauspiel von Friedrich Schöbel.

Stadthallentheater.
Sonntag, 12. Mai. Abds. 7 1/2 Uhr.
Letzte Vorstellung.
Wenn Frauen Schweigen.
Lustspiel von Wilhelm Wolters.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
(285) Rob. Kohlmarkt 18.